

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6195
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
0,80 M. Streifenband 1 M. Postzeitungsliste Nr. 3169

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Städtischer Arbeiterverein Darmstadt. Der Verlauf der Maifeier.
Die Breslauer Maßregelungen - Sommerurlaub in Zettin. -
einziger Brief. - Situationsbericht von der „Walterlant“. - Aus
Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien. Aus unserer
Bewegung. Aus den Staats- und Gemeindebetrieben. Verbands-
1. Abrechnung der Zusammenkünfte für entlassene Gasarbeiter.
Anzeigen.

Städtischer Arbeiterverein Darmstadt.

Dies ist der Name eines am 13. Januar 1900 gegründeten
und am 1. Oktober 1902 erweiterten Vereins, dessen Mitglieder
der inbescholtene Arbeiter der Stadt Darmstadt werden kann,
wenn er mindestens seit einem Jahre ununterbrochen in einem
städtischen Betriebe beschäftigt, bezw. regelmäßigiger Zeitarbeiter
wird und den vollen Jahresbeitrag zahlt. Zogenannte
Hilfsarbeiter gehören hier nicht zu. Der Zweck des
Vereins wird in den Satzungen folgendermaßen präzisiert
ausdrückt:

1. Pflege des Standesbewusstseins und der guten Kameradenschaft;
2. Wahrung der Interessen städtischer Arbeiter;
3. Unterstützung der Mitglieder;
4. Gemeinnütziger Bezug von Waren und Bedarfsgegenständen;
5. Erwerbung der letzten Ehre für verstorbene Mitglieder.
Folks- und religiöse Betreibungen sollen vollständig
geschlossen sein. Zur Pflege der Kameradschaft finden nach
den Satzungen alljährlich und zwar an den Geburtstagen
des Monarchen, des Großherzogs und Zerner
festlich des Kaisers, zwei festliche Veranstaltungen statt, deren
eine Kegelabend dem Vorstand zueht. Sonstige Veranstaltungen
sind der Vorstand beschließen.

Die Unterstützungen bestehen in einer Gewährung von
Mittelgeldzahlungen in Höhe von einmal 5 M., nachdem für
er als 20 Tage Strafenentgelt bezogen ist. Eine solche
Unterstützung kann im Laufe eines Jahres nur einmal ge-
währt werden und falls ein Unfall die Ursache der Erwerbs-
unfähigkeit war, ein drittes Mal. Denn gibt es noch 20 M.
für Todesfälle in der Familie in Höhe von 50 M.
Zuletzt wäre die Sache ganz schön und gut. Ein
in städtischen Arbeiter, der für einen Beitrag von 20 M.
jährlich die Interessen der Mitglieder wahrnehmen und
Entscheidungen zahlen will, das nicht auf den ersten Blick für
Abkündigten ganz annehmbar aus. Der gewerkschaftlich
orientierte Arbeiter, der rechnen gelernt hat, wird schon eher
in. Daß die Geburtstage von M. K. und 2. M. gefeiert
den müssen, na, warum denn nicht, wenns nur der Dergewen-
sch aller Mitglieder ist; aber die Sache hat noch einen
einen Nadeln zum Aufhängen der Interessen der Mitglieder.
Der Verein ist nämlich keine Arbeiterkammer. Er ist
vermessen bündnislos. Denn so wie die so
in städtischen Arbeiterbetriebe auf ununterbrochen Bewegung

entstanden sind und unter Vormundschaft der Eisenbahn-
direktionen stehen, ist es auch mit unserem städtischen Arbeiter-
verein in Darmstadt. Der § 39 der Satzungen besagt zwar,
daß der Vorstand berufen ist:

1. Wünsche oder Beschwerden einzelner Arbeiter oder der
Arbeiterkammer eines Betriebes einer Prüfung zu unter-
ziehen und geeignetenfalls der Bürgermeisterei mit Gut-
achten zu unterbreiten.
2. Streitigkeiten der Mitglieder unter sich zu schlichten,
aber wer ist denn der Vorstand? Nun es sind weder städtische
noch andere Arbeiter, sondern Beamte der Stadt. Dazu ist
der § 7 der Satzungen von besonderem Interesse, weil er den
ganzen Verein beuglich beleuchtet. Er lautet:
„Städtische Beamte, welche die Zwecke des Vereins fördern
wollen, können gegen einen von ihnen selbst zu bestimmenden
Jahresbeitrag, der nicht unter 2 M. betragen soll, als
„Freunde des Vereins“

beitreten.

Freunde des Vereins sind z. B. folgende Herren:

Erbürgermeister Kornweg.	Direktor Nehmer.
Beigeordneter Jäger.	Wartmeister Stapel.
„ Dr. Gläufig.	Werkmeister Wagner.
„ „	„ Nöben.
Bednungsrat Möll.	„
„ Sekretar Koch.	Ingenieur Herzog.
„ Stadtbaurat Arenau.	Güterverwalter Burg.
„ Baumviktor Keller.	Amaltdorischer Boltz.
„ Stadtkommissar Fleckenstein.	„ Erbeher Möhler.
„ Stadtrechner Laub.	„ „
„ Bibliothekar Rood.	„ „
„ Direktor Friedrich.	„ Tramper.
„ „ Meyer.	„ Kraft.

Allerhand Achtung vor dieser Arbeiterkammer! Der
Verein zahlt z. B. angeblich über 200 Mitglieder und damit
soll seine Naturgeschichte hier beendet werden.

Nur heute wollen wir auf die Darmstädter Verhältnisse
im allgemeinen nicht näher eingehen, sondern es galt, zu
zeigen, wie man bemüht ist, die städtischen Arbeiter in einer
Vereinigung zusammen zu halten. Daß in diesem Vereine das
Koalitionsrecht der Arbeiter nicht zum Ausdruck kommt, leuchtet
ohne weiteres ein. Wie viel hat der städtische Arbeiter in seiner
Ernährung und Weiterbildung auf Zurrogate angewiesen ist,
so bietet man ihm für das Koalitionsrecht auch ein Zurrogat.
Es wurde den „Freunden des Vereins“ zweifellos besser an-
rathen, wenn sie die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst so
regeln ließen, wie diese es für zweckmäßig erachten, denn solche
sehr andernmögliche Bemühungen um das Wohl der Arbeiter
singen an recht komisch zu wirken.

Der Verlauf der Maifeier

war in diesem Jahre noch eindrucksvoller als in den Vor-
jahren. Die 15 Maifeier, die fiel ja auf einen Sonntag, ver-
ursachte bei allen Reaktionsären ein großes Aufheben.
„Koalitionsbruch“ gab es diesmal nicht und deshalb fielen die
jeden so beliebten Konventionen fort. Die Darmstädter-

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
0,80 M. Streifband 1 M. Polzeitsungliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Städtischer Arbeiterverein Darmstadt. Der Verlauf der Waisfeier.
Die Preussener Maßregelungen. Sommerurlaub in Stuttgart.
ganzer Brief. - Situationsbericht von der „Waterlant“. Aus
Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien. Aus unserer
Bewegung. Aus den Staats- und Gemeindebetrieben. Verhandlungs-
Abrechnung der Sammlungen für entlassene Gasarbeiter.
Anzeigen.

Städtischer Arbeiterverein Darmstadt.

Dies ist der Name eines am 13. Januar 1892 gegründeten
und am 1. Oktober 1902 erweiterten Vereins, dessen Mitglieder
der unbescholtene Arbeiter der Stadt Darmstadt werden kann,
wenn er mindestens seit einem Jahre ununterbrochen in einem
solchen Betriebe bedientet, bezw. regelmäßiger Saison-
arbeiter ist und den vollen Jahresbeitrag zahlt. Sogenannte
Hilfsarbeiter gehören hier nicht zu. Der Zweck des
Vereins wird in den Satzungen folgendermaßen festgelegt:

1. Pflege des Standesbewusstseins und der guten Kameradschaft;
 2. Wahrung der Interessen städtischer Arbeiter;
 3. Unterstützung der Mitglieder;
 4. Gemeinnützlicher Bezug von Waren und Bedarfsgegenständen;
 5. Erwerbung der letzten Ehre für verstorbene Mitglieder.
- Politische und religiöse Bestrebungen sollen vollständig
geschlossen sein. Zur Pflege der Kameradschaft finden nach
jeder Monatsfrist in der Regel zwei bis drei öffentliche
Mittagsessen statt, wobei die Kosten von den Mitgliedern
unter der Leitung des Vorstandes zu tragen sind.

Die Unternehmungen bestehen in einer Gewährung von
Unterstützung in Höhe von einm. 5 Mk., nachdem für
er als 20 Tage Krankenrente bezogen ist. Eine solche
Unterstützung kann im Laufe eines Jahres nur zweimal ge-
währt werden und falls ein Unfall die Ursache der Erkrank-
ung war, ein drittes Mal. Denn gibt es noch Sterbe-
renten für Todesfälle in der Familie in Höhe von 5 Mk.
Soweit diese die Sache ganz schon und gut. Ein
städtischer Arbeiter, der nur einen Beitrag von 20 Pf.
für die Interessen der Mitglieder wahrnehmen und
erhalten zahlen will, das steht auf den ersten Blick im
Abwägungsstufen ganz annehmbar an. Der gewerkschaftlich
unterstützte Arbeiter, der rechnen gelernt hat, wird schon eher
einsehen. Daß die Geburtstage von 10, 20 und 30 Mk. gefeiert
den müssen, na, warum denn nicht, wenn nur der Herzens-
schmerz alle Mitglieder ist, aber die Sache hat noch einen
anderen Nutzen zum Aufhängen der Interessen der Mitglieder.

Der Verein ist nämlich keine Arbeiterkassiererei. Er ist
überhaupt bündelnde Kaspariererei, denn so wie die
anderen Eisenbahnervereine auf unmittelbarer Anregung

entstanden sind und unter Vormundschaft der Eisenbahn-
direktionen stehen, ist es auch mit unserem städtischen Arbeiter-
verein in Darmstadt. Der § 10 der Satzungen besagt zwar,
daß der Vorstand berufen ist:

1. Wünsche oder Beschwerden einzelner Arbeiter oder der
Arbeiterkassiererei einer Prüfung zu unter-
ziehen und geeignetenfalls der Bürgerkassiererei mit Gut-
achten zu unterbreiten.
2. Streitigkeiten der Mitglieder unter sich zu schlichten,
aber wer ist denn der Vorstand? Nun es sind weder städtische
noch andere Arbeiter, sondern Beamte der Stadt. Denn ist
der § 7 der Satzungen von besonderem Interesse, weil er den
ganzen Verein bengalisch beleuchtet. Er lautet:
Städtische Beamte, welche die Sache des Vereins fördern
wollen, können gegen einen von ihnen selbst zu bestimmenden
Jahresbeitrag, der nicht unter 2 Mk. betragen soll, als
„Freunde des Vereins“

- beitreten.
Freunde des Vereins sind z. B. folgende Herren:
- | | |
|-------------------------------|----------------------------|
| Überbürgermeister Körneweg. | Direktor Rehmer. |
| Beigeordneter Jäger. | Garteninspektor Stapel. |
| „ Dr. Gläting. | Werkmeister Wagner. |
| „ Bedienungsrat Ströll. | „ Müll. |
| „ Sekretar Koch. | Ingenieur Herzog. |
| „ Stadtbaurat Arenau. | Güterverwalter Burg. |
| „ Bauinspektor Meller. | Inspektionsvorsteher Polz. |
| „ Stadtgeometer Fleckenstein. | „ Erheber Möhler. |
| „ Stadtrechner Taub. | „ Jung. |
| „ Bibliothekar Koad. | „ Ströh. |
| „ Direktor Friedrich. | „ Kramer. |
| „ „ Wever. | „ Kraft. |

„Achtung vor dieser Arbeiterkassiererei!“ Der
Verein zählt z. Z. angeblich über 200 Mitglieder und damit
soll seine Naturgeschichte hier beendet werden.

Nur heute wollen wir auf die Darmstädter Verhältnisse
im allgemeinen nicht näher eingehen, sondern es galt, zu
zeigen, wie man bemüht ist, die städtischen Arbeiter in einer
Vereinigung zusammen zu halten. Daß in diesem Vereine das
Koalitionsrecht der Arbeiter nicht zum Ausdruck kommt, leuchtet
ohne weiteres ein. Wie vielfach der städtische Arbeiter in seiner
Ernährung und Weiterbildung auf Surrogate angewiesen ist,
so bietet man ihm für das Koalitionsrecht auch ein Surrogat.
Es würde den „Freunden des Vereins“ zweifellos besser
ansehen, wenn sie die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst so
regeln lassen, wie diese es für zweckmäßig erachten, denn solche
sehr außerordentlichen Bemühungen um das Wohl der Arbeiter
sangen an recht komisch zu wirken.

Der Verlauf der Waisfeier

war in diesem Jahre noch eindrucksvoller als in den Vor-
jahren. Die 10. Waisfeier, die fiel ja auf einen Sonntag, ver-
ursachte bei allen Reaktionskreisen ein großes Unbehagen.
„Kontraktbruch“ gab es diesmal nicht und deshalb hielten die
Sonn- so beliebten Kar Ausstellungen fort. Die Schmarbächer-

prelle feiste dennoch vor. Nun mußte der „Amittury“ herhalten, und damit die Kaiserin nicht so ganz „ungestraft“ verließ, hagelte es allenthalben Verbote, Tanzverbote. Nun zinsverbote und andere Kleinigkeiten mehr. Sogar polizeiliches und militärisches Aufgebot, war bereitgehalten. Wie töricht! Gedanken kann man weder mit Pulver und Blei noch mit Bajonetten und Zäbel bekämpfen. Die üblichen Matigedanken wurden daher auf dem ganzen Erdenrund ausgetauscht, selbst zwischen den zurzeit in Kasien stehenden japanischen und russischen Proletariern. In der Nähe fast überall der Matiansitz mit Morgensrede, abends große Festveranstaltungen.

Die Matigedanken haben an Wucht gewonnen. Dafür spricht die überall wahrgenommene überaus harte Beteiligung. Nicht nur in den Groß- und Mittelstädten, nein, weit ins flache Land, im Gebirge und bis an die Meeresküsten hallten die Matigröße. Im Osten und im Westen, im Süden und im Norden; überall dieselbe Begeisterung. Berichte aus Rom, Zürich, Amsterdam, Wien, London, Paris, aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Rußland, Preußen, Spanien usw. zeigen, daß die Internationalität der Kaiserin kein leeres Schemen ist.

Die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit wächst. In Amerika wird sie von der „Federation of Labor“ gefördert und mit großem Nachdruck betrieben. Die Erfolge treten immer sichtbarer in die Erscheinung. Man braucht nur die statistischen Aufnahmen über die Zahl der Arbeitsstunden in der Woche in den einzelnen Zeitabschnitten zu vergleichen. Mit am ungünstigsten stehen in dieser Beziehung zweifellos städtische und staatliche Arbeiter, besonders die Gasarbeiter. Vorgekehrtere Arbeitergruppen arbeiten 45 bis höchstens 70 Stunden der Woche. Städtische Arbeiter dagegen arbeiten gar keine Zehntelstunde.

Lange Arbeitszeit bedeutet niedrige Löhne, das merkt so recht der städtische Arbeiter.

Darum haben sich auch unsere Verbandskollegen überall im Reich, wo ihnen nur Gelegenheit dazu geboten war, an der Kaiserin beteiligt. Die Pflicht, nachdrücklich für Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben einzutreten, wird immer gebieterischer und wir dürfen hoffen, daß der Abstimmendtag in diesem Streben unsere Bewegung neu geträgt hat.

Die Breslauer Maßregelungen.

Wie bereits mitgeteilt, sind auch in Breslau Angriffe auf das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter unternommen worden. Unsere Breslauer Kollegen hatten sich in den letzten Monaten wieder mehr auf ihre Organisation besonnen und den Petitionsweg beschritten, um eine Verbesserung ihrer mifflischen Verhältnisse anzustreben.

Bei den diesjährigen Beratungen des Stabs in der Stadtverordnetenversammlung hat zwar der Herr Eberbürgermeister Dr. Bender im Namen des gesamten Magistrats erklärt, daß gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter nicht das Geringste einzunehmen sei. Nur dürfe in den Versammlungen nicht gegen Vorgesetzte gehetzt werden.

Eine Hetze gegen Vorgesetzte ist und wird von unserer Organisation nicht betrieben, weil sie dazu nicht da ist. Allerdings ist es ihre Aufgabe, gegen Mißstände, Uebergriffe und Unrecht Front zu machen. Das bedeutet aber noch keineswegs eine Hetze gegen Vorgesetzte. Je nach den Umständen sind wir geneigt, wie z. B. auch in vorliegendem Falle, uns mit der Kritik eines Vorgesetzten zu befassen, aber dann zwingen uns die Maßnahmen der Betreffenden dazu, und uns leidet dabei nicht entfernt die Absicht, zu hetzen und zu verhetzen.

Am 2. April d. J. wurden unsere Mitglieder Sieble, Winter und Radmann, welche beim Breslauer Wasserwerk jahrelang beschäftigt waren, vom Direktor Herrn Debusmann entlassen. Die dienstliche Führung und Leistungen der entlassenen waren einwandfrei und war der vom Wasserwerkdirector selbst zugeordnete Entlassungsgrund ihre Verbandszugehörigkeit. Also eine offene Verletzung des Koalitionsrechtes der städtischen Arbeiter!

Nachdem alle Vermittlungsversuche, die Maßregelungen wieder rückgängig zu machen, selbst bei den höchsten Instanzen fehlgeschlagen, traten die Pr. st. anner Kollegen zu einer impetanten

Protektorenversammlung am 18. April zusammen. Es waren alle die Stadtverordneten eingeladen, welche sich für die städtischen Arbeiter interessieren. Erschienen waren die Herren Justizrat Seitzberg, Kollmann und Schür. Die gleichfalls eingeladenen Stadträte, sowie der Herr Direktor Debusmann glänzten durch Abwesenheit. Auffallend war es aber besonders, daß von den eingeladenen konservativen Herren wie z. B. Stein, Stöck, Zandt und Weide niemand es für nötig erachtete, zu erscheinen. Am kommenden Herbste werden diese Herren gewiß nicht verfehlen, ihre Arbeiterfreundlichkeit zu prüfen. Die Gemeindegewerkschaft wissen dann aber wenigstens, was sie davon zu halten haben.

Ueber den Verlauf der Versammlung berichten wir:

Kollege Mehrlein als Leiter der Breslauer Aktion befragt eingehend die Geschäfte der Maßregelung. Er wies darauf hin, daß Herr Debusmann nachweislich gar nicht weiß, daß kein Koalitionsrecht, der Herr Eberbürgermeister Bender, im Namen des gesamten Magistrats erklärt hat, daß er gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter nicht das geringste einzunehmen habe. Die entlassenen Arbeiter haben nichts weiter getan, als daß zwei von ihnen, Petrus und Kollmann, dem Magistrat in der dienstlichen Zeit, Bericht hatten. Wenn das ein Verbrechen sei, so sei es aber kein solches, daß es mit Entlassung zu betrachten sei. Der dritte Entlassene habe sogar nichts weiter getan, als daß er bei der Entlassung seiner bisherigen Kollegen erklärte, „er wolle nun die Verbandsarbeiten übernehmen.“ Dafür sei auch er entlassen worden. Alle drei Gemeindegewerkschaften sind Familienväter und nichts läge gegen ihre sonstige Aufnahme vor. Herr Debusmann hätte zwar auch erklärt, daß er gegen das Koalitionsrecht an sich nichts einzuwenden hätte, nur solle man sich nicht in solchen Verbänden, wie den Gemeindegewerkschaften, organisieren. Offenbar, meint Herr Debusmann, daß „keine Leute“ und dem Arbeitergewerkschaften oder den gewerkschaftlichen Arbeitervereinen anstehen. Herr Debusmann scheint überhaupt zu glauben, daß ihm niemand etwas zu sagen habe, denn er erklärte wiederholt, daß „ihm niemand etwas zu sagen habe, weder Stadtverordnete noch sonst jemand.“ Ueber ihm ist aber nur Luft in Breslau. Seit Ende der vergangenen Woche habe er aus „eigener“ Kraft eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde gewährt, aber obliegende Rechte herrscht darüber nicht bei den so „unerschrocken“ Bedachten. Selbst die älteren Arbeiter des Wasserwerkes, die 2 Pf. erhalten, sind nicht davon begeistert, denn es sind ihnen von Herrn Debusmann ganz andere Verbindungen gemacht worden.

Vorwiegend ist es nun, daß alle gültigen Verbände, die besonders der Stadtverordnete Schür vertritt, an der Hartnäckigkeit des Magistrats nicht scheitern. Herr Schür soll ein sehr ruhiger Freund des Herrn Debusmann sein und hat wahrscheinlich die Stimme der Anwesenden härter sprechen lassen als die Stimme der Oberstufen.

Wenig, als die Verleser Versammlung hier, natürlich, waren auch verschiedene Magistratsbeamte anwesend, die sich sehr befaßten über das Gehörte antraten. Das sei aber nur reine Theorie, die Praxis heiße „Debusmann ist Dummkopf“.

Dabei ist es gerade der Gemeindegewerkschaften Verband, der sich der besonderen Anerkennung des Herrn von Verleser erfreut, in dem Publikationsorgan der „Gesellschaft für soziale Reform“, die „Zeitschrift für soziale Reform“, sei sogar der Hauptvorsitzende des Gemeindegewerkschaftenverbandes, Herr Primo Kollmann, Mitarbeiter. Da davon Herr Stadtrat Trentin - der Mitglied der Gesellschaft für soziale Reform ist - noch nichts erfahren, oder hat Herr Debusmann mehr zu sagen als Herr Stadtrat Trentin?

Kollege Mehrlein wies noch an Vielfachen nach, was der Gemeindegewerkschaften Verband geleistet und wie die ganze Gesellschaft des Verbandes beweise, daß er nur auf friedlichem Wege die Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter erwirkt. Und was sei da noch zu streben in Breslau zu leisten! In den höchsten städtischen Betrieben herrsche nirgends eine Mängelwirtschaft, es gebe keine Arbeiter Mifflüsse, es erinneren noch Löhne, die unter dem ursprünglichen Tagelohn von 2,10 Mk. stehen. Dabei sollen nach einem Kaiserwort Stadt betriebliche Arbeiterbetriebe sein!

Kollege Winter sprach, oft von Verfall unterbrochenen Vortrag mit einem warmen Appell an die Anwesenden, inbezug auf fernere dem Verstande treu zu bleiben, denn nur durch diesen werde ein Besserung der Lage erreicht werden. „Der Herr Petrus gegen den Debusmann und die Debusmänner in anderen Betrieben sei das größte Verbrechen der städtischen Arbeiter in den Betrieben. Das werde der Sieg über sein und bleiben.“

In der Diskussion sprachen nun an Sie gemahnte Arbeiter Sie mit die von Mehrlein gemachten Ausführungen bewarnten. Sie wunden, Kollmann meinte, was die Kollege Sieble, der behauptet, daß er während seiner letzten dienstlichen Tätigkeit im Wasserwerk nie hätte etwas einzuwenden kommen lassen. Sieble erwiderte da unter Zustimmung der anwesenden Arbeiter des Wasserwerkes, daß Herr Debusmann wiederholt und sehr lange Arbeiter zu Betteln werden befohlen habe, die natürlich die Stenographen des Wasserwerkes abgeben mußten!!! Sieble führte eine Anzahl solcher Fälle an, die nun Vorstellen aber nicht nachweisen konnten, verdrückten nur auf die eigene Weisung und wurden Herrn Sieble die Verantwortung für die Miffligkeit seiner Behauptungen überlassen.

Nach den Gemahregelten ergriff ein Aufseher des Wasserwerkes, Herr Lieb, das Wort, um Herrn Tebusmann zu entschuldigen. Dabei erklärte selbst dieser Direktionsmitglied, daß er anerkennen müsse, daß die Gemahregelten, besonders aber Sieble, durchaus fleißige und tüchtige Arbeiter gewesen seien. Was sagt Herr Tebusmann zu dieser Benennung des Herrn Lieb? Herr Lieb verübelte Tebusmann mit dessen „impulsiven“ Natur zu entschuldigen, gab aber selbst indirekt zu, daß die Strafe eine zu harte sei. Ein Bericht des Herrn Lieb, einen der Gemahregelten, Wintler, als Zehnstrücker hinzustellen, endete mit einer furchterlichen Vorwürf von Herrn Lieb, indem ihm zwei ältere Kollegen nachwies, daß er selbst in wiederholten Malen nicht habe Zehnstrücker mitbringen lassen. Es sprachen noch verschiedene Arbeiter der Gaswerke, des Wasserwerkes usw., die alle ihre Zustimmung über die Maßregelung aussprachen. Stadtverordneter Zabus erörtere in trefflichen Ausführungen die Maßregelung, wobei er die Handlungsweise des Herrn Tebusmann und Herrn Wintler einer scharfen Kritik unterzog, die nurmischen Beifall fand. Auch erwähnte er die Benennungen des Herrn Wintler über die Gasarbeiter, die angeblich sich häufiger traut melden, weil sie jetzt höhere Unterjournale bekamen. Er wies Herrn Wintler scharfende Unrichtigkeiten nach, die bewiesen, daß Herr Wintler, obwohl er Direktor der Gaswerke sei, sehr schlecht über die ihm unterstellten Betriebe unterrichtet ist. Verschiedene Gasarbeiter beantragten das.

Am Ende der Diskussion verhielt sich der Herr Direktor Zambauer Wallas vom Gaswerk I, den Verband dadurch wesentlich zu verfeinern, daß er behauptete, in den Mitgliederbestimmungen des Verbandes gäbe es härtere als in den öffentlichen. Dabei hat Wallas noch nie einer Mitgliederversammlung beigewohnt. Das ist ein sehr unglücklicher Mangel, wie der zweite Vorsitzende Herr Zambauer sehr treffend bemerkte. Wallas hatte auch gemeint, daß der Verband in der Zukunft vergrößert werden, das sei Politik, worauf ihm folgende Replik einbrachte, daß Politik nur vom Magistrat in der Provinz gemacht ist, wie die Verteilung der bekannten Salzwasserwerke, die in der Provinz erfolgt ist, beweise. Replik gab in seinem Antworte seiner Rede einen Ausdruck über den guten Verlauf der Versammlung, dankte den anwesenden Stadtverordneten für ihr Erscheinen und schloß, nach in die bereits auf Seite 205 unter dem Titel veröffentlichte Resolution einmütig angenommen war. Die innerschöne verläufige Versammlung.

Damit ist dann vorläufig diese Angelegenheit erledigt. Die Gemahregelten sind anderweitig vorteilhaft untergebracht worden und der Verband hat ihnen, wie allen anderen Gemahregelten Kollegen, seine Hilfe gewährt.

Was aber der Zweck der ganzen Aktion des Herrn Tebusmann gewesen ist, die Arbeiter einzuschüchtern, damit sie vom Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen, ist nicht erleuchtet worden.

Die Breslauer Kollegen haben gezeigt, daß sie sich eine solche Verquickung nicht gefallen lassen werden. Aber noch eines ist sehr zu beachten: die Breslauer Stadtverwaltung nimmt sich liberal. In den liberalen Grundfragen wurde auch eine gewisse Sympathie und Gerechtigkeitsliebe den Arbeitern gegenüber geboren. Und die hätte im vorliegenden Falle dadurch zu weitgehendem zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß man die Maßregelung rückgängig machte. Den Worten, die sich an dem Koalitionsrechte der Arbeiter vergehen, hätte nachdrücklich von maßgebender Stelle aus gesagt werden müssen, daß das ein Frevel ist und daß sie als städtische Beamte, die auch nur im Solde des Gemeinwohls stehen, doppelt Unrecht tun.

Nur unsere Breslauer Kollegen ergibt sich aus allem die Notwendigkeit, nun erst recht fest zur Organisation zu stehen. Ferner auch dahin zu wirken, das Wahlrecht zum Stadtparlament zu benützen und den Einfluß der organisierten Arbeiter nach jeder Richtung zu stärken. Wer nicht selbst zur Verteidigung seiner Rechte bereit ist, verdient auch keine Rechte. Das ist ein Grundsatz, der sich allenthalben im praktischen Leben durchzieht.

Anzusehen ist aus Breslau noch folgende Nachricht einzufließen:

Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter. Der Koalitionsvertrag von aller gegenseitigen Verhandlungen des Herrn Tebusmanns gedenkt doch noch immer nicht von Seiten der unteren Beamten revokiert zu werden. So können wir heute wiederum über einen derartigen Hebergriff berichten.

Im städtischen Zeitalter wurde durch einen Arbeiter demüthig Achtung, der sich nach oben behaupten wollte, den dortigen Vorgesetzten mitgeteilt, daß der Zeitalter Müller, Vertrauensmann des Gemeindevorstandes keine Dies genüge, um den sonst bei seinen Vorgesetzten beliebten Arbeiter in arger Weise zu schikanieren.

Müller wurde sofort, nachdem seine „Freveltat“ bekannt geworden, nach dem Bau der neuen Feuerwache — Leutenstraße — geschickt und mußte sich dort solcher mühseliger Arbeit unterziehen, daß er bald vorzog, auf die städtischen Dienste zu verzichten.

Wie diese Arbeit beschaffen ist, geht am besten daraus hervor, daß der die Arbeiten ausführende Unternehmer keine Leute bekommt und sich daher an die Stadt wendet, um Arbeiter des Bauhofes zu erhalten. Von der Stadt erhält er freilich Arbeitskräfte zugewiesen, denn die städtischen Arbeiter scheinen in den Augen des Magistrats für dergleichen Sachen geeignet zu sein.

Also der Arbeiter Müller nebst zwei anderen städtischen Arbeitern ist ausgeschieden, freiwillig natürlich, ganz freiwillig.

Das Koalitionsrecht aber ist den städtischen Arbeitern gewährleistet, trotz alledem. Auch daß Herr Tebusmann vom Wasserwerk zwei organisierten Arbeitern keine Lohnzulagen gewährt hat mit der Motivierung, sie seien ja noch im Verbanne“, hat mit dem Koalitionsrecht wohl nichts zu tun, Herr Oberbürgermeister?

Sommerurlaub in Stettin.

Der Stadtverordnetenversammlung zu Stettin lag am Donnerstag den 5. Mai folgender Antrag des Magistrats vor:

„Die Versammlung ist damit einverstanden, daß fortan alljährlich den im Dienste der Stadt beschäftigten, nicht als Beamte angestellten Personen ein Erholungsurlaub unter Fortzahlung der Vergütung bezw. des Lohnes gewährt wird, und zwar:

- a) den städtischen Arbeitern, wenn sie vom Tage des Eintritts in den städtischen Dienst an gerechnet in demselben ununterbrochen beschäftigt waren

mindestens 5 Jahre	3	Lohnstage
„ 10 „	5	„
„ 15 „	7	„
- b) den technischen und Büroangestellten, wenn sie vom Tage des Eintritts in den städtischen Dienst an gerechnet in demselben ununterbrochen beschäftigt waren

mindestens 3 Jahre	5	Lohnstage
„ 5 „	7	„
„ 10 „	10	„

Unveränderte Arbeitsleistung gilt nicht als Unterbrechung, sofern sie nicht länger als 3 Monate dauert.“

Nachdem die Arbeiter der städtischen Gasanlage wiederholt um Aufbesserung ihrer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit usw. petitioniert hatten, zum letzten Mal im Februar oder März dieses Jahres und diese Petition bei der diesjährigen Stabsberatung durch den sozialdemokratischen Stadtverordneten A. Storch beantwortet wurde, hat der Magistrat endlich ein menschliches Mitleid empfunden und obige Vorlage gebracht. Es ist nicht viel, aber es ist doch etwas. Schade, daß dieses ungeliebtere sind einen recht häßlichen Fehler mit auf die Welt gebracht hat. Dieser Fehler liegt so aus:

1. Wenn die Bewilligung eines Urlaubs, die durch die Bestimmungen erfolgen soll, auch die Regel bilden wird, so ist doch als Grundlag festzuhalten, daß ein Urlaub auf denselben nicht gegeben werden soll, ebensowenig, wie dies bei den Beamten der Fall ist: der Urlaub soll vielmehr eine Belohnung für Fleiß und Wohlverhalten darstellen.

Für Fleiß und Wohlverhalten! Wer da weiß, wie namentlich in neuerer Zeit das Wort „Wohlverhalten“ von den Leitern städtischer Betriebe gedeutet wird, hat den richtigen Vorgeschmack davon, wie die Suppe schmecken wird, wenn sie fertig ist. Werden doch heute schon Arbeiter, wenn wirklich Arbeitsmangel eintritt, nicht der Reihe nach entlassen, wie sie angestellt sind, sondern mit Vorliebe fliegen diejenigen auf Plätze, welche nützlich für das Gemeinwohl ihrer Kollegen eintritt, d. h. mit anderen Worten: Mitglied des Verbandes der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter sind. Aus dieser Einsicht heraus verhielten die Stadtverordneten Stumpe, Bogner und Storch in erster Linie den Arbeitern den Rechtsanspruch auf Urlaub zu geben. Aber sowohl ein dahingehender Antrag, als wie ein Antrag, bei zweijähriger Langzeit vier Tage Urlaub zu gewähren, sowie der Antrag: „Mit dem Arbeiter der berechnete Urlaub verweigert, so steht demselben das Recht der Berufung an die ständige Deputation zu“, wurde mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Unter den Liberalen, welche die Majorität der Stettiner Stadtverordnetenversammlung bilden, fand sich auch nicht eine Seele, welche den Mut oder doch wenigstens die Einsicht gehabt hätte, für diese Anträge zu stimmen. So

haben denn die städtischen Arbeiter den längst ersehnten Sommerurlaub — aber wehe, wenn er nicht ganz artig ist, dann Adieu, schöner Urlaub. Wohl gab Herr Oberbürgermeister Daten die Versicherung ab, daß kein Mensch daran denke, distanzlos gegen die Arbeiter zu verfahren, aber wir haben auch gesehen, daß der Oberbürgermeister auch nicht seine Machtbefugnisse ausübte, als es galt, das an Stern und Genossen begangene Unrecht wieder gut zu machen. Für die städtischen Arbeiter muß es daher strengste Pflicht sein, unablässig an den Ausbau der Organisation zu arbeiten, dafür zu sorgen, daß in Zukunft auch nicht ein Arbeiter mehr in städtischen Betrieben arbeitet, der nicht Verbandsmitglied wäre. Nur wenn das geschieht, ist die Gewähr gegeben, daß nicht nach Gmüß verfahren wird, sondern ohne Ansehen der Person nach den geleisteten Arbeitsjahren.

Kainzer Brief.

Aus dem Meide Battermann. — Zweierlei Meid. — Das herein gefallene Demuziantenkleblatt.

Der Vorsteher des Reinigungsamtes, Herr Battermann, fährt ein gar strenges Regiment. Er scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, an Mäßigkeitlosigkeit gegenüber seinen Untergebenen alle seine Vorgänger zu übertreffen. Als ehemaliger Marschjäger verkörpert er nicht nur jene Feldwebels-tugend, die man gemeinhin als „Schneidigkeit“ bezeichnet, er ist auch ein Bureaukrat reinsten Wassers. Das alte Lied: Schneidigkeit nach unten, Devotion nach oben. Schon des öfteren nahmen unsere Genossen auf dem Stadthaus die Gelegenheit wahr, diesem Herrn auf die Finger zu klopfen. Nicht nötig zu konstatieren, daß er von dem Herrn der fatten Unternehmernoral, die heute noch größtenteils die hiesigen Zuhle des Stadthaus besetzt halten, jedesmal reingewaschen wurde. Hier die neuesten Kainzerstaten dieses Herrn:

Ende April entloh Herr Battermann ohne jeden sündlichen Grund zwei Eblente ihres Dienstes. Angeblich sollen dieselben als Eblente nicht mehr qualifiziert sein. Wie stimmt dies aber mit der Meldung überein, daß die nun zu Mehrerer Degradierten eine Lohnzulage von 10 Mk. pro Tag zu erwarten haben? Erklärt mir, Graf Terindur! Es liegt auf der Hand, daß die anderen Eblente ein Gleiches befürchten. Bei Herrn Battermann ist eben alles möglich. Das Gute an dieser Sache ist, daß das Vorgehen des Herrn Vorstehers zu Wege brachte, was bislang der Organisation nicht glückte: die Eblente haben sich in ~~der~~ dem Verbands angegeschlossen! So arbeiten diese Herren für uns.

Nun weiter. Die Mehrerer arbeiteten schon seit Jahren des Sonntagsvormittags von 6-9 Uhr und bekommen hierfür 4 Stunden mit einem 30-prozentigen Zuschlag bezahlt. Auch diese Mäßigkeit muß, nach Ansicht unseres Herrn Vorstehers ein Ende haben. Vom 2. Aprilsonntag ab mußten die Leute bis 10 Uhr arbeiten, ohne, daß die Bezahlung hierfür eine entsprechende Erhöhung gefunden hätte. Die Erregung der Arbeiter war eine nur zu begreifliche, die sich u. a. auch in mehreren Versammlungen Luft machte. Bei der Ortsberatung im Stadtverordnetenplenum am 27. April hat nun der ultramontane Stadtv. Dr. Schmitt um Auskunft darüber, ob es richtig sei, daß die Straßencrainer Sonntags bis 10 Uhr, also während der Mischzeit, arbeiten müßten. Das sei doch absolut unzulässig. Die Sache werde dadurch noch verkompliziert, daß diejenigen Arbeiter, die bis 9 Uhr fertig werden wollten und deshalb früher mit der Arbeit begannen hätten, verhindert worden seien, vor 10 Uhr die Arbeitsstätte zu verlassen.

Bürgermeister Dr. Schmidt will von der Sache nichts wissen (1) und sagte eine Untersuchung zu.

Stadtv. Tiefel (203.) Es ist doch merkwürdig, daß der Vorredner davon nichts weiß. Das Reinigungsamt scheint überhaupt recht eigenmächtig vorzugehen und es wäre einmal dringend notwendig, Herrn Battermann etwas die Mängel zu beschneiden.

In der Sitzung vom 28. April gab nun Herr Beigeordneter Dr. Schmidt einen Bericht des Vorstehers Battermann über die von Herrn Dr. Schmitt angeordnete Frage der verlängerten Sonntagsarbeit der Straßencrainer bekannt. Trotzdem diese Beschwerde ganz unabhängig von einander den Stadtv. Dr. Schmitt und Tiefel mitgeteilt worden war, ist

selbstverständlich wieder alles in bester Ordnung. Die Arbeitszeit war Sonntags immer nach den Rapporten 4 Stunden usw.

Stadtv. Tiefel (203.) gab nun zum Kenntnis, daß er selbst die Arbeiter am Sonntag gesehen habe, wie sie zwischen 9 $\frac{1}{2}$ und 9 $\frac{1}{4}$ Uhr gearbeitet hätten. Es sei doch jedenfalls feststehend, daß früher um 9 Uhr Schluss war. Ihm sei noch unklar, ob nicht doch nur drei Stunden gearbeitet, aber vier bezahlt worden seien. Im übrigen sei er doch sehr im Zweifel, ob es überhaupt erlaubt sei, Arbeiter während der Hauptfischzeit zu beschäftigen.

Stadtv. Bernhart (ult.) nahm Herrn Battermann in Schutz, der ein sehr pflichttreuer Beamter sei, zu dem sich die Stadt gratulieren könne. Es sei Unrecht sich des Ausdrucks zu bedienen, daß diesem die Mängel geschuldet gehörten.

Die Sache soll nun noch einmal „untertucht“ werden. Im übrigen ist Herr Battermann nach Ansicht des Herrn Stadtv. Bernhart ein pflichttreuer Beamter, zu dem sich die Stadt gratulieren kann. Was der Unternehmer und Stadtv. Bernhart unter „Pflichttreue“ versteht, vermögen wir nicht anzugeben. Doch einen Rat möchten wir ihm geben: möge er sich nur wenige Tage als Eblente oder Mehrerer unter die pflichttreuen Zuhle des Herrn Battermann begeben, wir sind überzeugt, er wird sich gratulieren können, recht bald wieder der Jurisprudence der Pflichtgetreuen entzogen zu sein.

Unterdessen ist die Meinung des Herrn Vorstehers dahingehend geändert worden, daß die Mehrerer nun des Sonntags anfang wie vordem um 6 Uhr, bereits um 5 Uhr antreten müssen. Die offizielle Beendigung der Arbeitszeit ist um 9 Uhr, doch diejenigen, die mit ihrer Arbeit früher fertig werden sollten, dürfen nach Hause gehen, um event. nicht den Gottesdienst zu verpassen. Mögen alle Mehrerer, die nach vollendeter Arbeit in die Kirche gehen, um dem Herrgott für alle Wohltaten zu danken, die sie auf dieser so herrlich eingerichteten Welt empfangen, nicht vergessen, auch ihren fürsorglichen Herrn und Gebieter Battermann mit in ihr Gebet einzuschließen. Die letzte Bitte im „Vater unser“ ist hierfür wohl sehr geeignet.

Gleiches Recht für Alle! Dieser Wahlbruch ist der Verwaltung der Gaswerke wohl gänzlich unbekannt. Schon seit Weichen unserer Verbandsstatute in diesem Jahre werden wir unter 7. Stiftungssatz feiern — war es den Feuerhausarbeitern unbenommen, sich Beendigung ihrer Arbeit bezug, Chargierung, Verbandsbeiträge einzusammeln. Ohne daß dies jemals zu einer Unzufriedenheit geführt hätte, ist dasselbe jetzt seit mehreren Wochen im Gaswerk II verboten. Am Gaswerk I jedoch, in welchem Betriebe der alleruntertänigste „Vollverein der städt. Gasarbeiter“ dominiert, besteht diese Beendigung nach wie vor. Sind die Arbeiter des Gaswerks II wohl Menschen zweiter oder dritter Güte? U. A. u. g. —

Eine infame Demuziantenleistung lieferten sich die Arbeiter des Gaswerks II: R. Müller, A. Wieders und G. Gräter. Als eifrige Mitglieder obengenannten Vollvereins — Gräter ist sogar Vorstandsmitglied — erschienen sie am 6. Januar d. J. bei dem Betriebsvorsteher der Gaswerke, Herrn Ingenieur Haupp, und gaben dabeis selbst schriftlich zu Protokoll, daß ihr Mitarbeiter J. Hod bei den Mahlzeiten in der Regel bessere Wurstwaren, Mäße usw. genieße, die von einem Diebstahl herührten, den sich dessen Sohn, der in einem größeren Kolonialwarengeschäft tätig war, schuldig gemacht haben soll. Sie ersuchten Herrn Haupp, Hod wegen Schleicherei zur Anzeige zu bringen, was auch nach Aussage des Herrn Haupp geschehen wäre, hätte Hod nicht den Spieß umgekehrt und seinerseits eine Beleidigungslage gegen das edle Demuziantenkleblatt angestrengt. Am 21. Januar kam es zu einer Zuhle-Verhandlung vor Herrn Beigeordneten Daffner, in deren Verlauf aber die Demuzianten ihre Behauptungen aufrecht erhielten. Eine Zurücknahme der lügenhaften Behauptungen hätte wohl die Erledigung der ganzen Angelegenheit zur Folge gehabt. Der Mager mußte nun das öffentliche Gericht in Anspruch nehmen und mußten sich die Angeklagten am 19. April vor dem Schöffengericht verantworten. Und das Resultat? Die Demuzianten konnten nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Arivol und leichtfertig wollten sie einen ehrbaren Familienvater um Ehre und Arbeit bringen. Klar war es von Herrn Haupp ausgesprochen: „Sollten sich die Angeklagten bewahrheiten, so kann Hod nicht mehr länger hiesiger Arbeiter sein.“ Das Urteil lautete auf je 10 Mk. Geldstrafe. Ferner mußten die Angeklagten sämtliche Mäße, die sich auf

170 Mt. belaufen dürften, tragen. Nimmt es da noch Wunder, wenn sich die Arbeiter des neuen Gaswerks wehren, diese Individuen noch länger als Mitarbeiter zu haben, deren Charakter nun gerichtsnotorisch festgestellt ist? Hätte es sich nicht um Arbeiter gehandelt, die im Gewerkschaftsleben nicht an letzter Stelle stehen und demzufolge des öfteren auch der Verwahrung und den Vorurteilen gegenüber ein festes Maßmaß bewahren, wir sind überzeugt, die Entlassung hätte nicht lange auf sich warten lassen. Man hätte sicherlich den § 37 Abs. 3 der Arbeitsordnung, der besagt, das falsche Ansehen in Reichwerden usw. die Entlassung zur Folge haben kann, in Anwendung gebracht. Wird man nun auch in diesem Falle so handeln? Von 31 inbetracht kommenden Arbeitern des neuen Werks (Küchenhaus und Hofarbeiter sowie Handwerker) haben 29 unterdrücklich die Entlassung der Betroffenen verlangt. Zu ihrer diesbezüglichen Eingabe an die Bürgermeisterei legen die Arbeiter eingehend dar, daß sie es als beehrend und demütigend empfänden würden, sollten sie gezwungen sein, noch länger mit den Betroffenen zusammen zu arbeiten. Wenn es der Bürgermeister darum zu tun ist, Ruhe und Friedfertigkeit im Gaswerk II Eingang zu verschaffen, so wird sie nicht umhin können, den gerichtlichen Gehörten Ehrabnehmern den Tücht vor die Türe zu setzen.
 Mainz, den 1. Mai 1904. C. u. s.

Situationsbericht von der „Waterkant“.

Hamburg Altona Sandstedt.

Mit der hierorts zunehmenden Ausbreitung unserer Bewegung, kommt mit unnerer Notwendigkeit unser Einfluß auf die Gestaltung der verwaltungsbehördlichen Maßnahmen, inwieweit diese unsere wirtschaftliche Lage berühren; auch über das kommunalpolitische Leben haben wir bis zu einem gewissen Grade das Sagen. So hatten wir es für zweckmäßig, wenn wir verabschiedete eine kurz gefasste, zusammenfassende Heberbeit unserer Verbandsstätigkeit im Zusammenhang mit anderweitigen lokalen Vorhaben, die im wesentlichen unser Interesse berühren, geben. Dadurch ermöglichen wir unseren Mitgliedern eine rechtlich genaue Beobachtung der verbandswirtschaftlichen Schranken, und nicht andererseits der Notwendigkeit übersehen, alle Einzelheiten, besonders die vielen Versammlungen, in regelmäßigen Auswahlsitzungen zum 10 und 12 vierten Male registrieren zu müssen.

Es wird nicht. So dürfen wir angefaßt unserer in letzter Zeit gemachten Fortschritte anerkennen. Wir sind nicht nur zahlenmäßig gewachsen, sondern unsere Bestrebungen haben in demjenigen Mann und gemeindlichen Arbeitergruppen einen durchschlagenden Erfolg der Anerkennung erzielt, die uns bis-her gleichgültig gegenüberstanden. Die Staatsanwaltschaft und Pöggereiarbeiter und die Altonaer niedrigen Arbeiter stellen das Gros der in diesem Jahre zu veranlassenden Mitgliederzunahme, und diese ist keine geringe. Im ersten Quartal sind 100 neue Mitglieder beigetreten und seit dem 1. April gar 145. Das ist ein bedeutender Erfolg. Wedurch dieser Erfolg erzielt worden ist, mag das folgende beweisen.

Vange haben gährte es unter den Staatsanwaltern. Diese waren bisher etwa zum vierten Teil in dem Verbands der Pöggereiarbeiter organisiert. Die große Mehrheit dieser Leute stand dem Zusammenschlußgedanken indifferent gegenüber. Das war wohl nicht nur ein reiner Zufall. Die Arbeiter hatten jeden falls das Gefühl, daß ihre freigestellten Interessen als Staatsarbeiter in einer Organisation, deren Mitglieder zu 99 Proz. in Privatbetrieben beschäftigt sind, naturgemäß nur eine mangelhafte Berücksichtigung finden könnten. Darum die Pöggereiarbeiter wurden durch den Zusammenschluß der Staatsanwaltern organisiert wurden durch die Hoffnung der Verhältnisse zu der Einheit genötigt, daß sie mit den übrigen hamburgischen Staatsarbeitern gemeinsame Sache machen müssen, wenn sie nicht nur die gewerkschaftliche Organisation an sich, sondern durch dieselbe die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage herbeiführen wollten. Eine große Zahl, die sich vornehmlich aus der Kaiserarmbierenherstellung rekrutiert, hat sich deshalb unserem Verbande angeschlossen. Und im Vertrauen auf die Heberzeugungsmacht ihrer gewerkschaftlichen Ideen und gestützt auf die bei gleichbleibenden Zeiten und Arbeitsbedingungen sich leider unangenehm der Arbeiter entziehenden wirtschaftlichen Verhältnisse glauben wir, daß uns gelangen wird, die Mehrzahl der Staatsanwaltern zu einem höheren Einvernehmen mit ihr eigenes Wohl zu gewinnen. An sich der Pöggereiarbeiter und die Arbeiter sind schon.

Wohin hat es bei den Pöggereiarbeitern; auch unsere eigenen Meinungen haben täglich Fortschritte gemacht. In der ersten und zweiten Gruppe. In der ersten derselben ist die Zahl unserer Mitglieder der Staatsanwaltern, die Pöggereiarbeiter, die Arbeiter und die Arbeiter. Von diesen

Leuten war früher fast kein einziger organisiert. Seit dem Auftreten unserer Bewegung hier am Orte ist das anders geworden. Sie sind jetzt fast zu 50 Proz. unserem Verbands beigetreten. Ihre Zahl beträgt jetzt 120. Diese stehen sämtlich in einem datarischen Arbeitsverhältnis. Dar über werden wir aus besonderen Gründen in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ ausführlich berichten.

Anderes liegt es mit dem zweiten Teil der Pöggereiarbeiter, welcher mit der Fortdauer des zu Tage geförderten Elbgrundes und deshalb nur während der Zeit beschäftigt wird, wenn offenes Wasser den Pöggereiarbeiter zuläßt. Im Winter sind diese Leute größtenteils arbeitslos. Sie werden in Altona beschäftigt. Der erzielte Lohn übersteigt aber häufig nicht denjenigen gewöhnlicher Tagelohnarbeiter. Das ist natürlich sehr mißlich, wenn man berücksichtigt, daß es sich um Saisonarbeiter handelt. Da viele von ihnen jenseits der Elbe in Altona wärder und Umgebung wohnen, wird dort ihrem Wunsch gemäß, am Sonntag, den 15. d. M. eine öffentliche Versammlung für sie stattfinden.

Der Notdienst unserer Hamburger Straßendreiniger hat verurteilt, daß man sich höheren Orts mit ihrer Arbeitszeit befaßt hat. Um zu erfahren, ob die Nachtlosgewerkschaft, die, wie behauptet, von abends 11^{1/2} Uhr bis am folgenden Vormittag bis 10 Uhr arbeiten müssen, wenn sie das vorgedruckene Sentium schaffen wollen, tatsächlich so lange zu tun haben, wenn sie immerwährend tüchtig arbeiten, wurde die Mothenburgsorter Abteilung sofort aus dem genommen. Während der ganzen Nacht stand der Medieraufseher unermüdeten Blickes bei den Leuten, und siehe da, die geforderte Arbeit war am anderen Vormittag um 10^{1/2} Uhr beendet. Es ist unbegreiflich, daß die Betriebsleitung die in dieser kolossalen Leistung der Arbeiter liegende Heberanstrengung ernst gewahrt, als dieser Mißstand öffentlich als solcher gekennzeichnet wurde. Die immer häufiger eintretende Nacht aus dem Dienste der Straßendreiniger ist so groß, daß es an Arbeitskräften fehlt. Die Betriebsleitung ließ deshalb durch die Staatsanwaltschaft bei den dortigen Hilfsarbeitern der Meße nach Umfrage halten, ob jemand gewillt sei, das hantburger Straßendreinigungs stows eingereicht zu werden. Die Anstunde war aber eine sehr minimale. Und das bei dem herrschenden Arbeitsmangel! Na, ja, viele Arbeit und wenig Brot, das halt schließlich leimer aus.

Die Arbeiter der Stadtwaflerlunf und des Centralviech und Zalaathotes haben auf ihre Eingabe betreffend Vohnerhöhung v. vom Oktober vorigen Jahres noch keine Antwort erhalten; sie wollen sich deswegen mit der Sache von neuem beschäftigen.

Die Gasarbeiter haben sich in zwei am 3. und 4. d. M. stattgehabten öffentlichen Versammlungen mit den wirtschaftlichen Entlassungen in den Betrieben des Pelungungswesens beschäftigt. Technische qualifizieren sich diese Entlassungen als unangenehme Maßregelungen wegen Eintretens der Verloffenen für die Verbesserung ihrer Lage; teilweise werden sie ins Wert gesetzt zu dem Zweck, sich der älteren Leute, denen man andernfalls die Beschuldigungsgratifikationen geben muß, zu entziehen. Das in beiderlei Hinsicht vorliegende Beweismaterial soll der Pöggereiarbeiter unterbreitet werden.

Unseren Altonaer Kollegen ist nun endlich die Erkenntnis gekommen, daß es für sie eine zwingende Notwendigkeit ist, sich uns anzuschließen. Auf ihr Verlangen fand dort am 27. April eine öffentliche Versammlung statt, in welcher unser stollige Zschönerberg über „Die sozialen Aufgaben der Deutschen Stadtgemeinden“ sprach. Der die Versammlung beherrschende Geist war ein guter, häufige Zustimmungslumgebungen begleiteter die Ausführungen des Mediers. Auch der anwesende Direktor der hantburgischen Straßendreinigung, Herr Mebel, folgte dem Medier mit großer Aufmerksamkeit. Der Herr Medier besonders auf, als ein hantburger Straßendreiniger in der Diskussion erlaubte, daß die Worte des Medierenten über die mißliche Lage den hantburgischen Straßendreiniger eigentlich hatten weit härter ausfallen müssen. Er fenne Altonaer Straßendreiniger, die infolge ihres langen Vohnes ihre Kinder im Winter zum Armenpflager hätten machen müssen, um von diesem Warten für Jahre aus der öffentlichen Armenverpflegung zu erheben.

Die Versammlung hatte auch noch ein kleines Nachspiel. Der Herr Mebel hob nämlich an einem der nächsten Tage die Arbeiter anreden und machte ihnen erste Vorstellungen ob ihres, seiner Meinung nach, unbilligsten Verhaltens von wegen des Verhältnisses zum Pöggereiarbeiter. Bei allen Tingen mochte er gerne wissen, wobei die Zweifel gekommen waren. Auch tabelte er zwar, daß seine Leute, wenn sie in Altona sind, sich an die Armenverwaltung wenden. Und hinter seinem Rücken eine öffentliche Versammlung anberaumen und diese gar beschreiben, sei in höchstem Grade verwerflich. Das ist eine böse Geschichte. Sie sollen alle rausgeschmissen werden!“ sagte er. Entschlossen sagte er, daß er sich begeben und hing mehrere. Ihre Denken Sie über das in der Versammlung Gehörte? „Ja,“ sagte er, „ich bin in der Versammlung der Frage zu unangeben, aber ich meine, er hat sich mit dem Medier anberaumen gewohnt. Der Medier hat mich, um geschicktes Ankommen für eine Anzahl hantburgischer Beschäftigten der Arbeiter um Verhinderung und in anderen Hinsicht g. Plüben. „Ja,“ sagte Herr Mebel, „ich bin im Sie, was

ich kann; es ist nicht ausgeschlossen, daß Sie noch etwas bekommen.“ (Wenn diese eine Verammlung das bewirkt hätte, stellt uns das freuen. T. P.)

Uns will die Stellungnahme des Herrn Inspektors als eine etwas recht eigentümliche erscheinen. Bei der Landtagswahl ließ er seine Leute zusammenrufen und ermahnte sie, in die Versammlungen des Herrn Mendt (der wegen verachteten Verhältnisses des Reichstagswahlrechts aus der nationalliberalen Partei hinausgewiesen ist. T. P.) zu gehen und diesen zu wählen. Auch werden den Arbeitern die Zeitungen zu den Versammlungen des nationalliberalen Jugendbundes schockweise eingehändigt und das alles im Dienste. Und da will der Herr jetzt den Arbeitern in Versammlungen zu gehen, in denen über ihre eigene Angelegenheiten behandelt wird? Das wir haben des Märkts Lösung: „Ja bin der Vertrauensmann des Herrn Mendt.“ sagte Herr Rodel fernerzeit zu seinen Arbeitern. Wenn das der alleinige Grund Ihrer Abneigung gegen uns ist. Herr Inspektor, daß Sie uns weniger nahesteht als dem Herrn Mendt, so läßt sich das ändern. Sie können bei uns auch Vertrauenmann werden. Jedenfalls haben Sie aber das Ihren Arbeitern reichsgelehrte gewählte Rechte, sich jeweils Eringung besserer Lohn und Arbeitsbedingungen verarmeln und vereinigen zu dürfen zu vertreten.

Wie notwendig es für die städtischen Arbeiter allerorts ist, gemeinsam für ihr Fortkommen einzutreten, zeigte schlagend die Verhandlung über die Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter in Wandsbeck in dem dortigen Stadtverordnetenkollegium in der Sitzung am 29. April d. J. Der Magistrat beantragte, Alterszulagen zu gewähren und zwar:

- nach mehrjähriger Dienstzeit 20 Mark,
- „ „ „ „ „ „ „ „ „ 30 „
- „ „ „ „ „ „ „ „ „ 40 „
- „ fünf und mehrjähriger Dienstzeit 50 „

Die Auszahlung dieser Zulagen solle jährlich einmal als Gratifikation zu Neujahr erfolgen. In der Begründung betonte der Überbürgermeister Mauch besonders, eine einseitige Gehaltsaufsetzung der Löhne ohne Rücksicht auf die in Hamburg-Altona gezahlten, sei nicht angängig. Würden Hamburg-Altona die Löhne ihrer Arbeiter erhöhen, so würde dazu auch Wandsbeck bereit sein. Vorläufig seien die von mehreren Stadtverordneten eingebrachten Anträge, die Stundenlöhne für alle Arbeiter um 5 Pfennig zu erhöhen, abzulehnen. Der Magistratsantrag wurde darauf angenommen. Die Worte des Wandsbecker Überbürgermeisters sind für die Arbeiter ein deutlicher Fingerzeig. Nur bessere Löhne führen zum Ziel!

Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Konstanz, zehnstündige Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter. Entsprechend einem im sozialliberalen Verein getätigten Beschlusse, beantragt Stadtverordneter Henninger die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für die städt. Arbeiter. Ein Antrag Mrohn will die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends steigern, jedoch nach Abschreckung der Arbeitspause und Mittagspause gleichfalls eine zehnstündige Arbeitszeit sich ergibt.

Überdies erklärt dazu, daß nach genauen Erhebungen über die Lage der städt. Arbeiter und nach mannigfachen Verbesserungen, sowie nach Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit im Sommer die Mittagspause dauere 1 1/2 Stunden etc. die weitere Entschärfung abgelehnt werden sollte. Schließlich konnte man weiter eine Zerschlagung von Vorkartern und nicht ganz arbeitsfähigen Zeiten machen. Im Prinzip sei der Stadtrat nicht gegen die zehnstündige Arbeitszeit; er lasse es überhaupt an Wohlwollen gegen die städtischen Arbeiter nicht fehlen - Stadtv. Henninger führt aus, städtische Einrichtungen sollten Mutterbetriebe sein. Leider verlage die städtische Finanzlage, für die städtischen Arbeiter ganz nach Wunsch zu sorgen. Das dürfe uns aber nicht abhalten, wenigstens bezüglich der Arbeitszeit das Mögliche zu tun. Wenn der Stadtrat den Einnahmearrhalt bei zehnstündiger Arbeitszeit auf über 3000 M jährlich berechne, so werde übersehen, daß die letzte halbe Arbeitsstunde nicht gleichwertig mit der übrigen Arbeitszeit ist. Heberdies müßte es die städt. Arbeiter unwillig machen, daß sie länger beschäftigt werden als Arbeiter in Privatbetrieben. Gute Aussicht müßte für richtige Ausnützung der Arbeitszeit sorgen, wie es die städtigen städt. Arbeiter selbst wünschen. Wie man die städt. Vermögensverhältnisse verbessern, so müßte man auch den Arbeitern dauernde Rente anwenden, und da gehörte Arbeitszeit überall vermehrte Leistung zu Lohn habe, so möge der Bürgerausschuß dem Antrag, der auch eine wichtige soziale und rein menschliche Seite habe, zustimmen. Stadtv. Mrohn befragt seinen Antrag mit ähnlichen Gründen. Mit Heiligem Wohl wollen lasse sich nichts erreichen; es müßte auch Taten folgen.

Stadtv. Erdmann Schneider tritt im Namen des Stadtv. Vorstandes für die Annahme ein, die nach kurzer Zeit doch wieder kommen zu werden, wenn man sie jetzt ablehne. Die jetzige 10 stündige Zeit werde doch nicht genau eingehalten. - Stadt. Verwalter Schwarz antwortet auf Verlangen des Vorsitzenden, daß genaue Kontrolle der städt. Arbeiter nur möglich ist, wenn sie nicht in zu viele Arbeitsgruppen zerstückelt sind, und gibt eine übersichtliche Auflegung des von ihm auf 3700 M.

berechneten Einnahmearrhalts bei Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. - Stadtv. Benedek bemerkt, Konstantz dürfe nicht in einer Frage des sozialen Fortschritts verharren. Die Märgung der Arbeitszeit führe tatsächlich bessere Arbeit herbei, wie die Berichte der Fabrikinspektoren beweisen. - Stadtv. Plattner tritt den Ausführungen des Stadtv. Henninger durchaus bei. Stadtrat Oberwalder hält eine gleichmäßige Durchführung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht für möglich. Das Abfuhrwesen und die Stadtgärtnerei könnten nicht immer genau um 6 Uhr abends Schluß machen. Viele Geschäftleute müßten länger als 10 Stunden arbeiten. Man möge dem Stadtrat zustimmen und abwarten. Stadtv. Walthers beantwortet die Anträge, wenn auch die Leistungen der städt. Arbeiter zum Teil erheblich unter denen anderer Betriebe ständen: Eine bessere Geschäftseinteilung im Betrieb, der jetzt nicht leicht zu überleben sei, könnte viel helfen, ebenso die Vergütung aller im Auford zu leistenden Arbeiten an private Geschäftslente. Stadtv. Henninger bezeugt dem Hinweis auf das Abfuhrwesen und die Stadtgärtnerei damit, daß ja in dringenden Fällen Heberleistungen der normalen Arbeitszeit zulässig seien. Ob Geschäftsmann oder Arbeiter, das sei doch ein großer Unterschied, da der Geschäftsmann für sich selbst schafft. Stadtv. Magerle tritt als Arbeiter für die Stadtdienstnehmer ein, bei denen schon lange Unzufriedenheit herrsche, weil sie mit der Arbeitszeit schlechter gehalten seien, als anderswo. In 10 gut ausgenützten Stunden werde das selbe gearbeitet, wie in 11. Die Güte für die Paradiere bleibe oft über Mittag stehen, weil sie, wie man sagt, dadurch besser würde. Das sei also kein Grund für die Arbeitsmüßigkeit. Stadtv. Magerle bemerkt, daß die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit die Landwirtschaftler leistungsfähig machen würde, und mit den Ausführungen von Stadtrat Oberwalder bei. Stadtv. Zwickler empfiehlt die Fernabfertigung der Holzarbeiter, die bei Annahme der Anträge auch ferner beschäftigt werden können. Für sie, die ohnehin nicht mehr die volle Nacht haben, seien 10 Stunden Tagelohn genug. Stadtv. Adersmann vertritt auf Grund seiner Erfahrungen im Bau- und Verkehrsverein gegen die Anträge: er wisse viele Fälle, wo Zeit vertrottelt werde. Wäre um 6 Uhr schon Arbeitsstunde, dann würde mancher vermuthlich ins Wirtshaus gehen. (Loh!) Da Vorliegende eracht, Mißfallenszeichen zu unterlassen.) Stadtv. Zwickler erwidert dem Vorredner, sich einmal die Arbeit in der hauseigenen Nebenanstalt anzusehen. Stadtv. Magerle behauptet sich auf Arbeiterseite gegen die Annahme, daß die Arbeiter die Steuern nur zum Wirtshausbesuch benutzen. Stadtrat Oberwalder bemerkt nochmals auf die Schwierigkeit, Abfuhrwesen und Gärtnerei um 6 Uhr abends zu schließen. Überbürgermeister Heber hebt hervor, daß im wesentlichen nur über den Zeitpunkt der Arbeitsmüßigkeit im eingeleitet besicht, nicht über die Sache selbst.

Der Antrag Henninger auf allgemeine und alsbaldige Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, ebenso der Zusatzantrag Mrohn, wonach die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr mit Ausschluss und 1 stündiger Mittagspause dauere soll.

Zandau, Entsch. über den die städtischen Arbeiterverhältnisse erörtern zu wollen, und einmal etwas Arbeiterwohlstand betreiben zu wollen. Zunächst brachten die sozialdemokratischen Vertreter bei den verschiedenen Anläßen eine große Freude für die städtischen Arbeiter zur Sprache, wenn jedoch vergeblich. Jetzt brachten jedoch die Stadtv. Jone und Gensien (18) einen Antrag ein, den städtischen Arbeitern einen Zehnstundenlohn zu gewähren. Stadtv. Heberdies und Magerle wählten eine gemeinsame Kommission zur Vorbereitung der Entschlossenheit. Die Kommission hat nun am 25. April d. J. getagt und sich dahin verhandelt, daß allen städtischen Arbeitern mit einer Ausnahme von ein bis drei Jahren ein Zehnstundenlohn von 1 Taler, Arbeitern mit oberem Dienstalter ein Monatslohn von 1 Taler alljährig gewährt werden soll, und zwar bereits in diesem Jahre beginnend. Eine Anfrage bei den Verwaltungsverwaltungen über die Höhepunkte soll ebenfalls beantwortet und außerdem der Stadtv. ordnetungsammlung eine entsprechende Beschlusse mitzuteilen werden. Die Entschlüsse beruhen zwar langsam, aber dennoch über vor.

Aus unserer Bewegung.

Berlin, Protestversammlung der städtischen Gärtnerei und Parkarbeiter am 25. April 1901. Am 8. April dieses Jahres hatten die in den städtischen Parkanlagen beschäftigten Gärtnerei und Arbeiter ihre Vorberinnen auf, die sie an zehnstündiger Stelle überreichten. Die Forderungen hatten sich wiederum in den Grenzen des Besonderen, was die Stadtverwaltung selber als Entschlossenheit in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter entgegen hat. Denn nach einem Beschlusse der beiden Gemeindebehörden von der Wundertlohn der städtischen Arbeiter 250 M betragen. Nicht fordern auch die Parkarbeiter mit. Nun ist aber sowohl im Entwurf als auch in der Stadtverordnetenversammlung festgestellt worden, daß 270, das sind etwa zwei Drittel aller Parkarbeiter, Löhne von 250 bis 325 M beziehen. Diese Festlegung unter dem von den städtischen Behörden festgesetzten Mindestlohn und damit zu rechtferntigen Verhältnisse, daß man behauptet, es handle sich bei den Wundertzahlen um Lüge, die nicht mehr in Vollendung ihrer Arbeits-

kraft sind und die auf Armenunterstützung angewiesen wären, wenn sie nicht von der Parkverwaltung beschäftigt würden. Als sich die Stadtverordnetenversammlung am 24. März mit dieser Angelegenheit beschäftigte, sagte Oberbürgermeister Mirdner, nachdem Genosse Zinger darauf hingewiesen hatte, daß die Parkverwaltung Arbeiter beschäftigt, die noch weniger wie den ortsüblichen Tagelohn von 2,50 Mk. erhalten: „Wenn bei der Parkverwaltung niedrigere Löhne bezahlt werden sollten, so werden das keine regulären Arbeitskräfte sein. Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, sich anzusehen, in welcher Weise einzelne Arbeitskräfte in der Parkverwaltung ihre Arbeit leisten, und ich glaube, er wird dann zu der Ueberzeugung kommen, daß ein Lohn von 1,75 Mk. noch sehr reichlich ist.“ In derselben Sitzung sagte der Stadtverordnete Wallach mit Bezug auf solche angeblich minderwertigen Arbeitskräfte: „Zehen Sie sich diese Leute an. Sie hatten kaum so viel Plätter zusammen, wie sie Fiemige Lohn an einem Tage bekommen.“

Viele Bemerkungen gaben den Anlaß zur Einberufung der öffentlichen Versammlung der städtischen Gärtnere und Parkarbeiter, zu welcher die Parkdeputation, sowie die Stadtverordneten Kommission und Wallach eingeladen waren. Von der Parkdeputation war nur Stadtv. Schulz erschienen, außerdem war der Stadtv. Schubert anwesend. Herr Wallach hatte folgendes Schreiben geleistet, das auch verlesen wurde:

An den Vorstand des Verbandes der in Gemeinde- usw. Betrieben beschäftigten Arbeiter usw., Wilmowir. 21.

Berlin den 23. April 1904.

Im Besitz Ihrer soeben erhaltenen Einladung zu der Montag den 21. d. M. stattfindenden Versammlung bedauere ich, derselben wegen anderweiter Beschäftigung nicht Folge leisten zu können.

Aus der beigefügten F. E. resp. der darunter befindlichen Ansprache, scheint mir hervorzugehen, daß sich die Parkarbeiter durch meine am 21. und 24. März gehaltenen Rede in der Stadtverordnetenversammlung gekränkt fühlen. Das wäre auch vollständig richtig, wenn ich den, aus dem Zusammenhang gerissenen Satz: „Sie, die Parkarbeiter, seien hart um“ auf alle Arbeiter angewandt hätte. Da Sie jedenfalls im Besitz des stenographischen Berichtes der Sitzung sind, so muß ich es als eine Forderung der Gerechtigkeit bezeichnen, daß Sie auch bei Besprechung desalles diesen ganz zur Verlesung bringen. Der kurze Satzbestand ist folgender:

Herr Stadtv. Schubert sagte in seiner Rede unter anderem wörtlich:

„Wenn derartige Zustände einreichen, haben Sie die Verpflichtung, um mindestens dafür zu sorgen, daß jeder städtische Arbeiter, soweit er sich im Vollbesitz seiner Kräfte befindet, 3,50 Mk. erhält.“

Vorher im Citationsdruck war bei demselben Antrag vom Herrn Magistratsbevollmächtigten erklärt worden:

„Es beziehen 50 Arbeiter einen Tagelohn von 3,50 6,75 Mk.
 „ 82 Arbeiter „ „ von 3,50 5, - „
 „ 570 „ „ „ von 2,50 3,25 „“

Die letzteren wären meist alte und minderwertige Arbeiter, die größtenteils zur Entlastung kommen müßten, wenn beschlossen würde, daß sie einen Lohn von 3,50 Mk. erhalten sollten.“

Auf diese und auf den Ausspruch des Kollegen Schubert, bezogen sich meine Ausführungen, die ich vollständig aufrecht erhalte. Ich wollte dadurch diesen alten Arbeitern dienen und sie von der Entlassung bewahren, und glaube mir dadurch den Lohn der Arbeiter verdient zu haben.

Eine sogenannte Klärung wäre mir dann möglich, wenn die Parkarbeiter den authentischen Nachweis erbringen können, daß die Behauptung des Magistrats, betreffende 570 Arbeiter wäre nicht alte und minderwertige eine unwichtige wäre. Aber auch dann bleibt meine Behauptung bezüglich der Plätter richtig, da sie sich ja nur auf diese minderwertigen Arbeiter bezog.

In der Erwartung, daß Sie bei einer Erörterung der Angelegenheit auch von diesen meinen berechtigten Anschauungen den entsprechenden Gebrauch machen werden, zeichne ich

achtungsvoll
 Wallach, Stadtverordneter.

Kollege Pützger referierte über die in Rede stehende Angelegenheit. In-besondere wandte er sich gegen die Behauptung, daß es sich bei den niedrig entlohnten Arbeitskräften ausschließlich um minderleistungsfähige Personen handle, die regelmäßig bei der Parkverwaltung das Grasen bewirtschaften. Die Parkarbeiter hätten unter ihren Kollegen in allen Meiwern Nachweise gehalten, aber nicht einen einzigen ermittelte, dem die Beschäftigung nur deshalb angeteilt sei, um ihn vor der Armenunterstützung zu bewahren. Möglicherweise sei das einzige Meiw, von dem man in dieser Hinsicht nichts Bestimmtes habe feststellen können. Die Behauptung bei der Parkverwaltung seien durchaus nicht so, wie sie von der Verwaltung und von bürgerlichen Stadtverordneten dargestellt werden. Der größte Teil der Parkarbeiter befinde sich im Vollbesitz der Arbeitskraft. Die von der Parkverwaltung aufgeschickte Lohn-

statistik erscheine noch zu allgemein. Es müßte festgestellt werden, wie hoch die einzelnen Lohnsätze seien und wie viel Arbeiter für jeden Lohnsatz in Frage kommen, ferner das Leben im Dienstalter der betreffenden Arbeiter. Viele Arbeiter klagen darüber, daß sie schon vor weiß, wie lange im Dienste stehen und immer noch den geringen Lohnsatz hätten, während dienstjüngere Leute schon mehr bezögen. Das sei doch ungerecht. Die Parkverwaltung sei aber von jeder bestrebt gewesen, möglichst niedrige Löhne zu zahlen, und wenn im Arbeiterausschuß Wünsche nach Lohnaufbesserung vorgebracht wurden, dann sei den Ausidungsmittgliedern gesagt worden: Seht Euch nur die polnischen Arbeiter an, die erhalten viel geringere Löhne wie Ihr, und sie kommen doch damit aus. Ihr müßt auch sehen, daß Ihr mit Eurem Lohn auskommt. — Das sei der Standpunkt der Parkverwaltung, von dem aus sich die geringe Entlohnung erkläre. Wenn die Parkverwaltung auch viele ältere Arbeiter beschäftige, so handle es sich dabei nicht um solche, die eigentlich von der Armen-direktion unterstützt werden müßten, sondern diese Arbeiter seien im Dienste der Stadt alt und grau geworden, sie haben einen moralischen Anspruch auf Arbeit und ausreichenden Lohn, und gerade diese alten aber immer noch leistungsfähigen Arbeiter empfänden es als eine Kränkung, wenn man ihnen sage, sie würden nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt, damit sie nicht von Almosen leben müßten.

Die Diskussion war eine sehr rege. Es beteiligten sich daran eine ganze Reihe von Parkarbeitern, Männer, die, wie die meisten Teilnehmer der Versammlung die Plätter der Jahre längst hinter sich haben, die aber den Eindruck machen, daß sie bei der Arbeit noch immer ihren Raum sehen. Alle diese Redner betonten denn auch, daß ihre Beschäftigung durchaus keine leichte sei, und daß diejenigen, welche das Gegenteil behaupten, die Verhältnisse nicht kennen. Unter andern führten die Redner aus: Herr Wallach hat schon recht, wenn er sagt, wir hatten nicht so viel Plätter zusammen, wie wir Fiemige verdienen, denn zu so einer leichten Arbeit kommen wir gar nicht. Wenn wir die Wege chauffieren, so ist das eine ebenso schwere Arbeit wie die an den staats-tischen Chauffieren. Während aber die Chauffeur Arbeiter einen Tages-lohn von 3,50 Mk. bekommen, müssen wir diese Arbeit für 2,50 Mk. verrichten. In der Zeit, wo geprengt wird, müssen zwei Mann täglich sich 150 Stübel Wasser heranziehen, und da wir bei unterm geringen Lohn uns keine wasserdichten Stiefel anschaffen können, so giebt es beim Sprengen nasse Hätze, und die Folge davon ist Rheumatis-mus. Herr Wallach und der Oberbürgermeister sollten nur einmal einen Tag lang gemeinsam so einen Wasserstübel ziehen, dann würden sie beurteilen können, daß unsere Arbeit nicht leicht ist. Ein Arbeiter aus dem Plätterwald sagte, er sei bereits seit acht Jahren bei der Parkverwaltung beschäftigt, er erhalte aber erst seit kurzem einen Tagelohn von 3,50 Mk. Mehrere seiner Mitarbeiter, die im Winter auf dem städtischen Steinplatz gegen einen Tagelohn von 3,50 Mk. beschäftigt waren, hätten gesagt, die Arbeit auf dem Steinplatz sei leichter wie die Arbeit im Plätterwald. Derselbe Redner führte aus: Erst in letzter Zeit seien die Löhne vieler Arbeiter von 2,50 Mk. auf 2,75 Mk. erhöht worden, jedenfalls deshalb, damit bei einer Nachfrage festgestellt werden könne, daß nur noch wenige Arbeiter für 2,50 Mk. beschäftigt werden. Weiter wurde ausgeführt, daß viele Parkarbeiter schon um 1 1/2 Uhr morgens ihre Wohnung verlassen und erst um 1 1/2 Uhr abends wieder nach Hause kommen, so daß sie also 16 Stunden hintereinander auf den Weiden sind. Das Ausgraben und Umpflanzen von Bäumen und Sträuchern sei gewiß eine schwere Arbeit, die nicht von minder leistungsfähigen Personen verrichtet werden könne. Als der König von Italien Berlin besuchte, wurden zur Annehmlichkeit der Reistritze Bäume aus dem Plätterwalde in Stübel gefest, und diese 13 Zentner schweren Stübel mußten von Parkarbeitern transportiert werden. Wenn Herr Wallach einen Versuch mit dieser Arbeit machen wollte, dann würde er vielleicht in der Einsicht kommen, daß ein Tagelohn von 4 Mk. dafür nicht zu hoch sei. — Einer der Redner sagte, die Parkverwaltung berechne und erhebe den Krankenlöhns-beitrag von den Arbeitern, welche 2,50 Mk. erhalten, nach einem Lohnsatz von 3,50 Mk. Weiter wurde betont, daß nicht nur die Lohnaufbesserung, sondern auch die Verkürzung der eintägigen Ar-beitszeit auf zehn Stunden ein dringendes Erfordernis sei. Die Parkarbeiter würden von andern Arbeitern aufgezogen, weil sie bis 7 Uhr abends arbeiten, während in andern Betrieben durchweg um 6 Uhr Abendabend gemacht wird.

In dieser Weise äußerten die Parkarbeiter anschaulich ihre Arbeitsverhältnisse, und sie bedauerten, daß von den bürgerlichen Stadtverordneten und Parkdeputations Mitgliedern niemand er-örternen war, um aus dem Munde der Arbeiter zu hören, wie die Dinge liegen. Die anwesenden Stadtverordneten Schulz und Schubert beschränkten die Forderungen der Parkarbeiter als be-rechtigt und verriethen für diese Forderungen einzutreten, soweit es in ihren Mächten steht. Besonders aber verwies Herr Stadt-verordneter Schulz auf die Notwendigkeit der Organisation. Waren die Parkarbeiter und Gärtner schon länger gut organisiert gewesen, so würden sie heute schon bedeutend weiter sein. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig die nachstehende Resolution an:

Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die mehr-jähr in die Öffentlichkeit getragene Meinung, als ob die Mehrzahl

der mit 2,50—2,70 Mk. entlohnten Arbeiter minderwertige Arbeitskräfte seien. Die Versammelten erklärten vielmehr, daß mit ganz verhältnismäßigen Ausnahmen die Gärtner und Parkarbeiter für den geringen Lohn eine tägliche eifrigste Arbeitszeit mit recht schwerer Arbeit ausfüllen müssen. Die Versammelten bezeichnen die vom Magistrat dem Staatsanwalt vorgelegte Statistik als recht mangelhaft, indem sie die tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere die zurückgelegte Dienstzeit gar nicht aufklärt. Die Versammlung bedauert ganz außerordentlich, daß weder der Magistrat, noch die Deputation, noch das Stadtverordneten-Kollegium den bestehenden Wünschen der Parkarbeiter entgegen gekommen sind. Ferner verurteilt die Versammlung, daß man auch dem zuständigen Arbeiterausschuß auf seine Anträge keine Antwort zutommen läßt. Die Versammlung hält nach wie vor an den am 8. Februar d. J. aufgestellten Lohnforderungen fest. Zuvörderst versprechen die Versammelten, für die gewerkschaftliche Organisation einzutreten.

Über einen Interzessanten in der Betriebsstrafentlassung teilte der der Versammlung vorliegende Sektionsleiter der Parkarbeiter folgendes mit: Nach dem vor zwei Monaten erfolgten Tode des Meubanten der genannten Straße, Magistratssekretär Thiene, habe der neue Meubant ein Mantel von 100,34 Mk. in der Maße erkrankt. Der Lohn des Verstorbenen habe sich vermindert. Diese Summe vom 1. April 1905 ab in Monatsraten von 10 Mk. an die Witwe zurückzahlen. — Stadtv. Schöberl bemerkte hierzu, daß der Magistrat, welcher den Meubanten eingeweiht hat, für dessen Geschäftsführung verantwortlich und für das Leben haftbar sei.

Nachdem viele Kollegen der Aufforderung zur Teilnahme Folge leisteten, wurde die sehr gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Sektion IV Englische Gasanstalten. Eine außerordentliche Generalversammlung der Sektion befaßte sich mit der innerhalb der Ähale Groß-Berlin in Aussicht genommenen Erhöhung der Beiträge. Das Referat hierüber hatte stielige Folien. Da die jetzigen Entnahmen der Ähale Berlin kaum hinlänglich seien, um das Budget im Gleichgewicht zu halten, andererseits aber nach Lage der Sache und im Interesse der Ähation die Anstellung eines dritten Beamten für die Erziehung unbedingt notwendig werde, ist eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche nicht zu umgehen. Leider lagen aber die Verhältnisse innerhalb der Sektion IV derartig, daß eine Erhöhung der Beiträge im jetzigen Stadium, bekanntlich wurden die Beiträge innerhalb der Sektion erst am 1. Februar um 10 Pf. pro Woche erhöht, erwidelt den Bestand der Sektion in Frage stellen könnte. Demgegenüber noch, daß die Tätigkeit der Erziehung in Bezug auf Ähation für die noch junge Organisation der Arbeiter der Englischen Gasanstalten in keiner Weise genüge und infolgedessen sich eine gewisse Mäßigung in den Reihen der stieligen bemerkbar mache. In der sehr lebhaften Diskussion wandten sich alle Redner gegen die geplante Erhöhung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Sektion IV wendet sich entschieden gegen jede Erhöhung der Beiträge innerhalb der Ähale Groß-Berlin und zwar aus folgenden Gründen: Die Sektion besteht erst seit 6 Monaten. Ein großer Teil der Mitglieder gehört noch kürzere Zeit der Organisation an. Eine Beitragserhöhung im jetzigen Stadium würde einen großen Verlust an Mitgliedern zur Folge haben, vielleicht sogar den Fortbestand der Sektion in Frage stellen. Dies muß aber im Interesse der Organisation unter den Arbeitern der Englischen Gasanstalten vermieden werden. Ehe die Sektion IV an eine Erhöhung der Beiträge herantreten kann, muß in erster Linie die Organisation fester gehalten werden. Die Generalversammlung ist ferner der Ansicht, daß von Seiten der Erziehung ein tretten dürfte, so stellt die Generalversammlung folgenden Antrag: „Die Sektion IV der Ähale Groß-Berlin scheidet aus dem Ähaleverbande aus und konstituiert sich als selbständige Ähale des Verbandes. Der Antrag tritt mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Die Auswahl der Leitung wird in der in kürzester Zeit stattfindenden Generalversammlung vorgenommen. Der Vorstand wird erwählt. Das Nähere zu veranlassen. Die Leitung der Sektion hat vorliegende Resolution umgehend dem Ähalevorstande zugehen zu lassen.“

Dam wurde beschlossen, im Restaurant Hölcherwerder ein Sommerfest zu veranstalten und wurde hierzu ein au- fünf Kollegen beauftragt, die nötigen Schritte zu tun. Außerdem stielige Kollege noch in reger Mitarbeit in der Organisation aufgefordert, wobei die Versammlung

NB. Im Anschluß an obenstehende Resolution fanden Verhandlungen der Unterleitung mit den Vertrauensmännern der Sektion statt und es geht zu erhellen, daß die Angelegenheiten in einer beide Teile befriedigenden Weise geregelt wird. Einer in nächster Zeit stattfindenden Sektionso-Gesamtheit werden Vermittlungsvorschläge unterbreitet werden.

Berlin VI (Katernewärter). Die in unserem Verbands organisierten Vorkriegsarbeiter-Vereine hielten in den „Mönigsfäden“, Neue Mönigsstraße, eine Generalversammlung ab, in welcher außer internen Fragen: Statutenbericht, Stellungnahme zur Erhöhung der Beiträge usw., die Mißstände im Verlaufe einer schweren Straft unterworfen wurden. Von den vielen, die zur Sprache kamen, verdienen die folgenden hervorgehoben zu werden: Bei den geringsten Vergehungen werden Straf-gelder zuditiert und eingezogen. Diese Praxis sei besonders in der letzten Zeit häufig geübt worden in folgenden Fällen: Wer nicht ganz pünktlich auf dem Sammelplatz erscheint, zahlt 25 Pf.; wer die Zeit ganz verdirbt, 50 Pf.; wer dieses Verbrechen nicht selbst meldet, noch etwa 25 Pf.; wer nachts die Patrouille verläßt 1 Mark; wer diese halb verläßt 50 Pf.; wer den Posten nicht rechtzeitig erhebt 25 Pf. usw. ohne Ende. Diese eingezogenen Straf-gelder sollen zu Unter-sünstungen verwendet werden, was auch gelte, aber eine Rechnungs-legung darüber, die man verlangt habe, sei verweigert worden. 37 wanzig korporationsähnlichen Verbänden in Berlin, aber für kaum die Hälfte seien trotz wiederholter Eingaben an die städtischen Behörden Unter-künsträume beibehalten worden (da heisse es immer, es fehle an passenden Lokalitäten). Die andre Hälfte, annähernd 250 Wärtler, seien daher gezwungen, Stundenlang unter freiem Himmel, selbst bei dem schädlichsten Wetter auf den Sammelplätzen zu warten, ehe sie an die Arbeiter gehen könne; Nacht und Abendmahlzeiten seien die Folge. Viele ungeduldrige Vernehmungen rührten daher, daß die Unterangeordneten die An-ordnungen der Direktion nicht beachteten. So habe die letztere eine Verfügung erlassen, unterzeichnet von den Direktoren Jüsch und Zimmern, dahingehend, daß bezüglich des Fahrens der Varenen mehr Rücksicht auf alle Nebenmännchen genommen werden solle. Nehme der auf die Straftliche Geleise die Beachtung dieser Ver-sicherung für sich in Anspruch. Dann heisse es: „Wer habe ich zu be-schulden.“ Ohne Nebenbeschäftigung sei im Verlaufe mit aus-genommen bei einer Entlohnung von 2,50, 2,70, 2,70 Mk.; die Folge sei, daß die meisten 11 bis 16 Stunden täglich arbeiten müßten. Nun sei es bei dem vielfach schädlichen Wetter an der Tagesordnung, daß man die Wärtler die doppelte An-zahl der sonstigen ungetragenen Varenen zu reinigen hätten; wer dem nachmittags nicht damit fertig werde, da heisse es: „Nun dann zumeist Sie morgens“. Bezahlung erfolge aber nicht für diese Extra-arbeit, diese mühe unentgeltlich geleistet werden. Die Katernewärter verlangen die Befreiung des Straf-geldverhältnisses; Erziehung von Unter-künsträumen für die andre Hälfte der korporations-ähnlichen Verbände über die Verwendung der eingezogenen Straf-gelder, so lange dieses System noch besteht. Ferner die feste Anstellung als stielige Arbeiter neben Zahlung des ortsüblichen Tageslohnes unter Verfall aller Nebenarbeiten.

Berlin Schmaragdort (Gasarbeiter). Sektionsversammlung am 21. April in Wilmersdorf. Im Punkt 1 Bericht der Arbeiterausschüsse, führte stielige Anglaube an, daß der Herr Dirigent die Wünsche der Arbeiter bei der Direktion beauftragt will. Unter Punkt 2 wurde die Beitragserhöhung (Einführung eines Ortsvertrages von 5 Pf. pro Woche), eingehend besprochen und vom stieligen Anglaube begründet. Es sprachen sich noch mehrere Kollegen für die Beitragserhöhung aus und fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung der Sektion Schmaragdort ist von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugt. Sie hat eingehend von den einzelnen Punkten Kenntnis genommen und stimmt demgemäß der Beitragserhöhung zu.“

Ferner wurde beschlossen, daß neu anzukommende Mitglieder in Zukunft von der Versammlung zu genehmigen sind, damit unter dem Deckmantel der Kollegialität sich nicht ein Demuzant einschleiche. Darauf wurde von den Betriebsarbeitern, welche immer im steller beschäftigt sind, der Arbeiterausschuß beauftragt, dem Herrn Dirigenten den Wunsch vorzutragen, daß selbige alle 14 Tage mit den stieligen, welche eben arbeiten, geschweift sein wollen. Zum Schluß wurde noch angeregt, eine Herrenvarie zu unternehmen und fand dieser Vor-schlag großen Beifall. Es wurde einstimmig beschlossen, diese am Sonntag den 17. Mai zu unternehmen. Treffpunkt: 9 Uhr in Wilmersdorf, Auguststr. 66 bei Herrn Meier, für Radfahrer von 10 bis 11 Uhr in Charlottenburg in der Ausstellung für Arbeiter-wohlfahrts-Einrichtung. Von dort aus Richtung Gorkow-Brücke — Jungfernbühl — Fegel nach Zandau. Die stieligen anderer Sektionen, welche sich an der Partie beteiligen wollen, sind willkommen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Tredten. Am 16. April referierte Genosse Meißner im Saale des „Lützowens“ über die wirtschaftliche Lage und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter. Meißner führt aus, daß die Arbeiter in Tredten sich in einem sehr günstigen Stande befinden, was er auf den Willen des Deutschen Meisters zurückführt, welcher sich nicht nur um die Arbeiter, sondern auch um die Arbeiter-wohlfahrt kümmert. Er erwähnt, daß die Arbeiter in Tredten eine sehr gute Lage haben, was er auf den Willen des Deutschen Meisters zurückführt, welcher sich nicht nur um die Arbeiter, sondern auch um die Arbeiter-wohlfahrt kümmert. Er erwähnt, daß die Arbeiter in Tredten eine sehr gute Lage haben, was er auf den Willen des Deutschen Meisters zurückführt, welcher sich nicht nur um die Arbeiter, sondern auch um die Arbeiter-wohlfahrt kümmert.

in den Kreisen der deutschen Bevölkerung, soweit sie auf dem Boden der Gleichberechtigung der deutschen Staatsangehörigen ruhen, von Stimm der Einführung hervorgerufen. Aber von dem Dresdner Stadterordnetenkollegium wird von der öffentlichen Meinung in der Beziehung wenig Notiz genommen. Welter Geist dort herrscht, beweist wieder die Verhandlung in der Sitzung am 14. April, wo städtischen Arbeiter in grober Weise beleidigt wurden. Es ist eine Hoffnung vorhanden, daß diese Zustände sich bessern, wenn die Arbeiter durch Ansdruk an die Organisation und Erwerbung des Bürgerrechts sich die Sicherheit schaffen, daß sie mit mehr Ansdruk behandelt werden. Nachdem der Referent die von der Stadtgemeinde bewilligten Löhne kritisch erörtert hatte, führte er an, daß auch in dem neuen Haushaltsplan große Einsparnisse gemacht werden sollen. Die unangenehme Dinge wird immer wieder Geld ausgegeben, wie für die Stadt- und Gemeinderats Zuhörer usw. Die Arbeiter der Stadtgemeinde aber müssen sich mit zum Teil vollständig ungenügenden Löhnen und Arbeitsverhältnissen zufrieden geben. Besserung kann nur erreicht werden, wenn wir Eingang in die Stadterwaltung erlangen. (Lebhafter Beifall.) Nach diesem führt der Vertrauensmann der organisierten städtischen Arbeiter aus, daß es trotz aller Bestrebungen, die Organisation der städtischen Arbeiter hier am Orte zu vermindern, doch vorwärts gehe, im letzten Quartal seien trotz dem 100 Mitglieder aufgenommen worden, weungleich mit großer Unregelmäßigkeit zu rechnen war. Mehr ist überzeugt, daß die Sache weitergehen wird, ohne die Organisation aufhalten zu können. Dann werden die Lohnverhältnisse kurz, die letzte Lohnzahlung angeführt, die in Höhe von 1 Pf. pro Stunde nicht einmal allen Arbeitern gewährt wurde, und, wo sie gewährt wurde, nicht man sie zu anderer Zeit wieder zu entziehen. So werden an verschiedenen Orten Arbeiter liegen gelassen oder durch andere Arbeiter mit zur Erledigung gebracht. Es werden deshalb die Arbeiter Ansdruk bald Arbeit bekommen, denn die städtischen Arbeiter werden Vorkorderungen stellen auf der ganzen Linie. Ein Medner führte aus, als er den kompetenten Landgraf gefragt habe, was die Arbeiter im Winter sollen, habe dieser gesagt, die Arbeiter sollen im Sommer sparen. Der Arbeiter konnte nicht verstehen, warum der Herr Landgraf dann im Winter Lohn in Anspruch nimmt. Alle übrigen Medner waren bei Heberzeugung, daß die Arbeiter selbst helfen, daß sie sich organisieren und das Bürgerrecht erwerben müssen. Gegen die Behauptung im Stadterordnetenkollegium, als ob die städtischen Arbeiter weniger arbeiten, verdienen alle Medner. Es wurde festgestellt, daß kein Privatunternehmer so viel Arbeiter anstellt, wie der Rat, aber auch nicht so ungeschickte Leistungen herstellen ließe. Wenn die Arbeit mandamental teuer würde, so seien davon andere Umstände kausal, nicht zuletzt der große Apparat. Nimm es doch vor, daß auf einen Arbeiter ein Arbeiter kommt. Kolgende Resolutionen sind einstimmig Annahme: Die verschiedenen Arbeiter städtischer Betriebe protestieren einstimmig gegen die Herabsetzung eines Stadterordneten in der Sitzung des Stadterordnetenkollegiums am 11. April, als ob die städtischen Arbeiter weniger leiteten als Arbeiter privater Betriebe. Die Medner erwidern das Stadterordnetenkollegium, es wolle sich dem nicht darüber ansprechen, damit es den Arbeitern möglich wird, die Interessen der Behauptung festzuhalten.

Halle a. S. Am Sonntag den 21. April fand abends im Gasthof „Weißes Hof“ die erste Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung war recht gut besucht und verlief in bester Stimmung. Von den gefassten Beschlüssen heben wir folgende hervor: Als Versammlungsort wurde der „Weißer Hof“ bestimmt. Die Versammlungen sollen am Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats abgehalten werden. Als stellvertretende wurden die Kollegen Bernide und Paal gewählt. Darauf erfolgte eine Rede des Vorsitzenden, der die Bedeutung der Organisation für die Arbeiter, sich klar und wies besonders auf ihren friedlichen Charakter hin. Die Kollegen versprachen sich rege daran zu beteiligen. Im übrigen wurden verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

München. Am Sonntag, den 17. April fand im Gesellschaftslokal „Am Lade“ eine öffentliche Versammlung für sämtliche städtischen Arbeiter statt. Der städtische Verbandsekretär, Kollege Welter, der sich auf einer Agitationsreise befindet, behandelte in ausführlicher, gemeinverständlicher Weise das Thema: „Der geistige und materielle Wert der Organisation für die städtischen Arbeiter.“ Der Medner führte aus: Das geistige Niveau der Arbeiter hat sich in ca. 40 Jahren bedeutend gehoben, was auf Konto der freien Gewerkschaften fällt. Diese Tatsache ist erfreulicherweise seit Gründung des Verbandes, das ist innerhalb 6 Jahren, auch bei den städtischen Arbeitern zu konstatieren. Es wird Aufgabe des Verbandes sein, auch fernerhin für die geistige Weiterbildung der Kollegen Sorge zu tragen. Auch haben die Vorgesetzten bereits einsehen gelernt, daß sie es nicht mehr mit einem zusammengelaufenen Haufen zu tun haben, sondern genutzungen sind. Den städtischen Arbeitern, beziehungsweise deren Vätern und Vorfahren mehr Beachtung nicht zuzubringen. Das war vor dem Bestehen der Organisation nicht der Fall. In Bezug auf materielle Vorteile dürfte wohl kaum eine andere Organisation in so kurzer Zeit - innerhalb 6 Jahren - solche richtige Erfolge zu verzeichnen haben, wie dies der Gemeindearbeiter Verband, besonders die Filiale Stuttgart, in der Lage ist nachzuweisen zu können. Medner führte nun in leicht schlagender Weise

den Anwesenden all die materiellen Vorteile der Organisation in anderen Städten, unter Beifügung eines zutreffenden Ziffermaterials, vor Augen. Er betont ferner, daß eine Gemeinde das größte Interesse haben sollte, gesunde Arbeiter zu erhalten. In Wirklichkeit sehe die Sache anders aus, da die städtischen Arbeiter vielfach eine zu lange, ja mörderische Arbeitszeit und andere fast mittelalterlich anmutende Bedingungen zu erfüllen haben. Auch solle endlich den städtischen Arbeitern eine beamtenähnliche Stellung eingeräumt werden. In diesem Sinne habe sich bereits der bekannte Sozialpolitiker, Dr. Altemm, geäußert. Zu bedauern ist ferner, daß ein früherer Beschluß des Magistrats München - den städtischen Arbeitern während der ersten 3 Tage bei Krankheitsfällen den vollen Lohn zu bezahlen - beim Uebertreten von der Gemeinde zur Erstrantentafel wieder aufgehoben wurde und nunmehr 1 Tag voll entlohnt wird. Es wäre zu wünschen, daß die kommunalverwaltungen sich endlich zu der modernen Auffassung aufschwingen würden, daß den städtischen Arbeitern zeitgemäß die Bezahlung der Differenz zwischen Krankentagelohn und Lohn auf die Dauer von 6 Wochen bei längerer Krankheitszeit tut. Dies geschehe bereits mehr oder minder in vielen anderen Städten, wie z. B. Berlin, Charlottenburg, Tenzig, Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim und Wiesbaden.

In Bezug auf die Versorgungskasse - eine solche besitzt nur München und Nürnberg - faun sich der Referent einer beschränkten Kritik nicht enthalten. Er weist mit rechnerischen Unterlagen nach, daß die städtischen Arbeiter nie und nimmer mehr gegenüber ihren Leistungen zu dieser Masse, zu einem nennenswerten Gewinn kommen. Ferner ist hier die weitere Tatsache zu konstatieren, nämlich, daß die Arbeiter zwar die vollen Beiträge zu bezahlen, aber kein Wort in der Verwaltung mitzureden haben. Es dürfte wohl kaum unbedenklich oder ungerecht genannt werden, wenn die städtischen Arbeiter analog der Erstrantentafel und Alters- und Invaliditätsversicherung, wo sie die Hälfte beziehungsweise 2/3 Vertretung in den verschiedenen Ausschüssen und Verwaltungsgremien beanspruchen können, - hiervon auch reichlich Gebrauch machen - auch hier das entsprechende Verwaltungsrecht fordern. Daß durch eine entsprechende Versorgung der städtischen Arbeiter die Armentafeln verringert würden, dürfte sich am Bande verstehen. Im weiteren betont der Referent, daß bei der großen indifferenten Masse noch die Meinung besteht, sie hätten es nicht nötig, sich zu organisieren, da sie ja ihre Vertreter in den verschiedenen Körperschaften hätten. Diese Ansicht sei verwerflich, denn hätten diese Vertreter nur eine Sammelherde - wie dies leider noch vielfach der Fall ist - hinter sich, anfangt mit einer wohlgeleiteten, organisierten Masse rechnen zu können, dann würden auch die wenigen Erfolge in den einzelnen Städten nicht zu verzeichnen sein.

Eine wichtige Frage dürfte es wohl sein, welcher Organisation die städtischen Arbeiter sich anschließen sollen. Diese Frage kann nur mit der Aufforderung, der freien, modernen Gewerkschaft sich anzuschließen, beantwortet werden und zwar deshalb, weil Religion und Politik mit der Eringung günstiger, wirtschaftlicher Verhältnisse für den städtischen Arbeiter nichts gemein haben; es genügt ja gewissermaßen an Gotteslästerung, wenn man immer und immer wieder die Religion in diesen Mann jert. Auch werden zum größten Teil in den christlichen Gewerkschaften die Interessen der Unternehmer unterstützt resp. vertreten. Dies beweist in klarer Weise ein Antrag der Vertreter dieser Organisation, welcher die Abschaffung der Megiarbeiten bezw. deren mögliche Einschränkung innerhalb der städtischen Betriebe forderte mit der luxuriosen Bemerkung, diese können zu teuer. Daß dem nicht so ist, dürfte die Strakeninspektion Stuttgarts beweisen, welche gegenüber dem Anschlag des dortigen Panamtes, der für Private in Frage gekommen wäre, durch Ausführung auf Megiewegen 174000 M. eingewart hat. Medner weist auch noch auf die Ausbeutung und schlechte Behandlung der Arbeiter und die Verklingslichterei in Privatbetrieben hin. Es kommt sogar noch vor, daß horrenden Summen als Verklingsgeld entrichtet werden müssen. (Zuruf: Firma Zettler.)

Der Referent resümiert: Es möchten auch die Kollegen Kollegen sich endlich einmal in ihrem eigenen Interesse aufraffen und zu einer geschlossenen Masse koalieren. Lebhafter Beifall lobten den Medner für seinen gediegenen, knifvertellständigen Vortrag.

Als erster Diszussionsredner sprach ein Mitglied der „christlichen Vereinigung der städtischen Arbeiter“ - nämlich durch übermäßigen Genuß von Alkohol ermunigt - die Anwesenden mit den Worten an: „Meine hohe Herren! Meine hohe Versammlung!“ Der Sprecher hob hervor, die Devise der christlichen Vereinigung sei: „Einer für alle und alle für einen.“ Er habe stets in ähnlicher Stimmung bei harten Zwickfalschlägen auf das hohe Gemeinderatskollegium vertraut und wird dies auch in Zukunft tun. Nachdem der Medner nichts geistreiches mehr vorzubringen wußte und mit ironischem Beifall und allgemeinem Gelächter belohnt ward, löbte der Gemeindebevollmächtigter Genosse Maith, wie alle jene, welche auf des Kollegiums zu sehr vertrauen, nämlich enttäuscht wurden. Die jungen Vertreter, die es mit ihren Vätern gegenüber der Arbeiter, selbst erst nahmen, blieben bis jetzt mit ihren Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichen Gebiete immer in der Minderheit, einestheils, weil ihre Zahl zu gering ist und andererseits, weil keine geschlossene, kampfbereite Masse hinter ihnen steht. Medner weist noch auf einige, die christlichen Arbeiterfreunde im Rathaus darat

terifizierenden Tatsachen hin, wie z. B. die Behandlung des Antrages der Berufsfeuerwehrcorps, des Antrages bezügl. der möglichen Einschränkung der Metzearbeiten, die Beratung der mangelhaften Arbeitsordnung u. a. m. (lebhafter Beifall.)

Nachdem noch mehrere Diskussionsredner verschiedene Wünsche geäußert und berechtigte Kritik an den einzelnen Punkten geübt, Genosse Raith einige Anträge beantwortet und Gewerkschaftssekretär Jacobson die Anwesenden ebenfalls mit beredten Worten belehrt hatte, wie notwendig für die städtischen Arbeiter eine stramme und gräufigste Organisation ist, erhielt der Referent das Schlusswort: Die rege, vielseitige Diskussion habe klar gezeigt, daß auch im Mündener Gemeindebetriebe noch vieles faul und für den Verband ein reiches Arbeitsfeld zu bearbeiten sei, welches nur durch allgemeinen Beitritt zur modernen Organisation — hier zur Alltäglichen Mündener des Gemeindearbeiter-Verbandes Deutschlands — und durch eifrige Mitarbeit an der Emancipierung der Arbeiterklasse gelöst werden kann.

Der Vorsitzende, Kollege Teisinger, schloß hierauf mit der Aufforderung, das Gehörte zu beherzigen und unter die Arbeitskollegen zu tragen, die Versammlung.

Am Montag, den 18., Dienstag, den 19., und Donnerstag, den 20. April fanden weitere öffentliche Versammlungen für die einzelnen Betriebsparteien statt. Auch hier erläuterte Verbandsssekretär Kollege Altwater in gemeinverständlichster Weise den Nutzen und Wert der Organisation für die städtischen Arbeiter. 17 Neuaufnahmen und 25 in Aussicht gestellte Hebertritte sind der Erfolg dieser Agitationsarbeit.

Hürnberg. Am Sonntag den 24. April referierte Kollege Altwater in einer allgemeinen Gemeindearbeiterversammlung über das Thema: „Hirsch-Tumlerische und moderne Gewerkschaften“. Medner verbreitete sich zunächst über die Entwicklung der Gewerkschaften. Er wies auf das am Anfang der sechziger Jahre noch bestehende Koalitionsverbot hin und die Hindernisse, die vorhanden waren, um Gewerkschaften gründen zu können. Jedoch sind diese Hindernisse überwunden worden. Damals glaubte die Fortschrittspartei durch Gründung von Gewerkschaften die Arbeiter an ihren Wagen zu fesseln. Sie löste deshalb den Dr. Max Hirsch nach England zu dem Zwecke, die dortigen Gewerkschaften zu studieren, um ähnliche dann in Deutschland zu gründen. Es sei der Fortschrittspartei jedoch nur zu einem kleinen Teil gelungen, Arbeiter für ihre Gewerkschaften zu begeistern. Der Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Dr. v. Tschammer, kritisierte und andere folgten darin, daß die Arbeiterpartei aufgestellt wurde über den wahren Wert der fortwährenden Verhandlungen, die nur auf Harmonisierung hinauszielen. Die Hirsch-Tumlerischen Gewerkschaften bilden nur eine kleine Minderheit und sind zur Talentslosigkeit verurteilt. Medner betonte dann die wenig einwandfreie Praxis der Hirsch-Tumlerischen Gewerkschaften und schloß seinen wertungsvollen Vortrag mit dem Hinweis, daß nur Einigkeit und geschlossenes Vorgehen im Siege führe, und man daher die Fortschrittspartei von jener Seite nicht mitmachen sollte. Lebhafter Beifall belohnte den Medner. In der darauf folgenden Diskussion meldete sich in erster Linie ein der drüßlichsten Redner, Namens Angebotter, namens Wolf, der durch seine verworrenen Ausführungen wahre Heiterkeitshürne erregte. Nachdem Kollege Altwater ihn abgelehrt hatte, meldete er sich nochmals zum Wort, um seine Sache noch weit ausführlicher zu vertreten, so daß die Zuhörer nicht anders, als zu schreien herauskamen. Dann kam ein Herr Reudenthaler an die Reihe, der als Hirschianer seine Gewerkschaft heranzuschauen wollte, aber nichts verbrachte als persönliche Verdächtigungen, die zurückgewiesen wurden. Weiter suchte er den Führer der Hirsch-Tumlerischen Gemeindebevollmächtigten, nämlich zu verteidigen gegenüber einer Anfechtung des Kollegen Dahlhammer, daß dieser sich seinerzeit nicht einmal ihrer Verbandsstätigkeit gemahregeltem Kollegen angenommen habe. Herr Reudenthaler glaubte hierauf bemerken zu müssen, daß nur, wenn der Magistrat Gelder bewilligt, das Gemeindefortzeugnis erst etwas zu sagen hätte, alles andere gehe daselbst nichts an. Hierauf nahm Kollege Haffel das Wort, um nachzuweisen, daß tatsächlich Herr Haffel Gelegenheit gehabt hatte, sich der Arbeiter anzuschließen, wenn er gewollt hätte; so habe er die Zusammen der famosen Verfolgungslasse ohne Widerstand wärtigen lassen. Als die Eingabe der Arbeiter der Gewerkschaften im Verhältnisse der Hebertritte das Gemeindefortzeugnis beibehalten hätte, hätte Herr Haffel nichts besseres zu tun, als mit einem Kollegen zu plaudern und ohne ein Wort der Kritik die nachherige Tatsache vollziehen lassen, daß die Arbeiter mit ein paar Fleinigen abgewehrt wurden und nur wie vor drei, vier und fünf Tausend unruhig arbeiten mußten, weil die „Eigentümlichkeiten“ des Betriebes nichts anderes zuließe. Er Haffel sei begierig zu wissen, wann einmal der Führer der Hirsch-Tumlerischen, Herr Haffel, vom Vetter recht, nach im „Antrittlichen“ stünde, die miserablen Arbeitsverhältnisse der Thonwarenreinigung und des Trachtenhanes kennzeichnet. Das wird wohl am 2. Novemberstag passieren, denn Haffel wird seinen Parteifreunden im Rathaus eine Ungenugensur machen. Auch sei Medner begierig auf die Demonstrationen der drüßlich-sonnen und der Hirsch-Tumlerischen bei der im nächsten Jahre stattfindenden Gemeindevorwahl. Die Versammlungen dieser beiden Verleger werden zum „Erdrücken“ voll sein, und die Rathsherrn werden erbleichen über diese

„gefährlichen Gegner“. Medner schloß unter stürmlichem Beifall, daß sich wahrscheinlich die Herren, ihrer Bedeutungslosigkeit bewußt, ins Manichösch vertrieben werden, und die seit dreieinhalb Jahren erprobte Organisation der Gemeindearbeiter auch hier wieder die Arbeit machen muß. In der Diskussion nahmen sodann noch die Kollegen Dahlhammer, Mayenberger, Kose und Wichter teil. Nach einer wichtigen, vollen Schlusswort des Kollegen Altwater wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die modernen Gewerkschaften geschlossen.

Stettin. Mitgliederversammlung am 27. März 1904. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Abrechnung vom letzten Stiftungsfest wurde von den Redatoren für richtig befunden und genehmigt. Es waren zwei Unterstützungsgesellschaften eingelaufen, von den Kollegen 2. und 3. Dem ersteren wurden 10 M. bewilligt. Das zweite Gesellschaft wurde der Unterstützungskommission zurückgegeben zur nochmaligen Prüfung. Für den Unterfahner Prohl wurde der Kollege Badt und für Valle der Kollege Sturth gewählt. Dann erfolgte eine dr. Kaiserer betreffende Bekanntmachung und bezüglich des Sommervergügens wurde beschlossen, dieses am 3. Juli bei Buchholz abzuhalten.

Stettin. Öffentliche Versammlung der Laternenwärter am 16. April 1904. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zu der vor uns eingereichten und abschlägig beantworteten Petition. 2. Verschiedenes. Der Vorsitzende Kollege Weber eröffnete die Versammlung und sprach sein Bedauern aus, daß nicht sämtliche Laternenwärter erschienen sind. Danach sprach Kollege Bolland über die Petition, woran sich eine längere Debatte knüpfte und zur Annahme einer Resolution führte, daß die Eingabe noch einmal einzureichen ist. Besonders aber solle die Arbeitszeit der Laternenwärter eine geregelte sein. Sollte der Arbeiterauschuss ungenügend gewählt werden, dann habe die Einreichung dazu dienen zu erfolgen. Ferner wurde noch sehr über das Verhalten eines Vorgesetzten gellagt und bedauert, im Falle es so weitergehe, gegen den betreffenden Herrn einmal vorzugehen.

Stettin II. Gasanzhalt. Zeltionsversammlung vom 26. April 1904. Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Da der Schriftführer der Arbeiter wegen die Versammlung nicht immer besuchen kann, wurde Kollege Bolland als Schriftführer gewählt. Darauf brachte der Vorsitzende die Frage des Arbeiterauschusses und die Invalidenversicherung an Sprache. Wahrscheinlich werde noch in diesem Monat etwas in dieser Richtung gelöst. Dann wurde noch ermahnt, sich mit fremden Verbänden zu halten, denn ohne gewerkschaftliche Organisation gibt es keinen sozialen Fortschritt. Auch der städtische Arbeiterbedarf dringend der Organisation. Das hätte die Behandlung anderer Petition klar bewiesen. Da haben wir gehen, wie treue der großen Sache, die sich unsere Vertreter in Stadmarlament gegeben haben, um eine Verbesserung zu erzielen, unsere Stimme etwas abgeben wurden. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die gutbesuchte Versammlung.

Stuttgart. Versammlung am 1. Mai im Vorort Galtber, Kollege Altwater sprach über das Thema: „Was sind die nächsten Aufgaben unserer Bewegung?“. Dem Referat lag die folgende Veranstaltung abrechnung eines städtischen Arbeiters der Straßenbahnverwaltung (Familie von) Meyen: zu Grunde:

kleinere Ausgaben, wödentlich zusammenge stellt:

Aur Brot	2,10 M.	Hebertrag	12,71 M.
„ Milchbrot	2,10 „	„ Martonstein u. Gemüse 1.	1,00 „
„ Butter	0,60 „	„ Essig und Gel	0,30 „
„ Zahnl	0,55 „	„ Salz u. Pfeffer	0,70 „
„ Fleisch	2,52 „	„ Salz u. Gewürze	0,20 „
„ Mehl (2 Pfd.)	0,31 „	„ Beleuchtung	0,42 „
„ Eier	0,70 „	„ Taschengeld am	1,50 „
„ Milch	2,52 „	„ Sonntag	0,30 „
„ Stärke mit Eidorien	0,60 „	„ Zeife, Zode ze.	2,00 „
„ Zucker	0,38 „	„ Beipergeld	2,00 „
Zumma	12,71 M.	Zumma	19,13 M.

Das ergibt pro Jahr Hebertrag 19,13 - 52 = 994,76 M.

Größere Ausgaben, für das Jahr zusammenge stellt:

Aur Kleidung u. Schuhe 130,00 M.	Hebertrag	599,10 M.	
„ Zehnjahrgeld	70,00 „	„ Krankeurlaubsgeld 1.	43,16 „
„ Sanitätsgeld gegen	10,00 „	„ Mit u. Jun Beruf	14,00 „
„ Hande	10,00 „	„ Vereinsbeiträge	3,15 „
„ Zinsen	10,70 „	„ Feuer ze. Versicher.	3,15 „
„ Miete	280,00 „	„ Arzt und Apotheke	5,00 „
„ Bettungen	8,40 „	„ Heizung	5,00 „
Zumma	599,10 M.	Zumma	626,11 M.

Die Gesamtan-gabe betrug demnach 1921,17 M. Der Jahresverdienst betrug dagegen 1095,00 M. Verbleibt ein Defizit von 826,17 M.

Das Defizit müsse natürlich gedeckt werden. Entweder verdienen die Frauen mit, oder aber die Lebenshaltung werde weiter herun- gedrückt. Jedenfalls sei aus diesen Angaben ersichtlich, daß im

Arbeiter mit einer fünfstöpfigen Familie mit solchem Lohn nicht auskommen kann. Medner weist auf die sozialen Aufgaben der Stadtverwaltungen hin, und auf die sozialen Schäden, die aus einer verfallenen Lebenshaltung entstehen. Familienleben und Erziehung leiden in hohem Maße. Vor allem sei es notwendig, daß die Arbeitszeit verringert werde. Medner erörtert eingehend die Frage der Arbeitszeit. Es sei Aufgabe unserer Bewegung, in diesen Dingen eine Verbesserung herbeizuführen und darum dürften die städtischen Arbeiter nicht länger gleichgültig bleiben. Unsere nächsten Aufgaben beständen darin, so sagte der Redner aneinander, für eine Verbesserung und Sicherung der Lebenshaltung, und eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Nachdem Medner noch an vielen Beispielen aus der Praxis zeigte, wie Arbeiter Erfolge erzielen, und wo sie naturgemäß Niederlagen erleiden und niemals vorwärts kommen, schloß er unter reichem Beifall seinen sehr einflussreichen Vortrag. Nachdem eine allgemeine Beteiligung an der Manifestation statt.

Wiesbaden. Hier fanden am 10. und am 21. April Versammlungen statt, in denen besonders die Lohnfrage der Manal- und Fadereiniger erörtert wurde. Es sollte zwar eine Petition an die zuständige Stelle eingereicht werden, jedoch war dies infolge Zusammenstößens verschiedener Umstände unterblieben. Es handelte sich aber in der Hauptsache darum, daß am 1. April d. J. teilweise Lohnzulagen erfolgten, jedoch die Manal- und Fadereiniger sehr unzufrieden dabei bedacht wurden. Viele Kollegen erhalten zurzeit einen Lohn von 3,10 Mk., davon haben die unter zwei Jahre im Dienste stehenden im Winter einen fünfprozentigen Abzug zu erleiden. Im Winter, wo der Lebensunterhalt in jeder Beziehung teurer ist als im Sommer. Einige Kollegen erhielten aber doch eine Zulage und zwar einen Pfennig und einige sogar einen halben Pfennig pro Stunde! Man sollte die Kollegen ob solcher Fürsorge ein Kompliment machen. Die Verwaltung hätte sich auch, ohne daß eine Petition eingelegt werden konnte, nachdem sie über die betreffenden Versammlungen, in denen die Forderungen besprochen wurden, sicher einen Bericht erhalten hätte, daß mit einem halben bis zum ganzen Pfennig Zulage pro Stunde nicht viel auszurichten ist.

Rus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Aachen. Den städtischen Anstaltsarbeitern ist bei Strafe der Entlassung die Mitgliedschaft zum Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter sowie jede Agitation für diesen verboten worden. Ausdrücklich wurde betont, daß diese Maßnahme vom Fabrikgemeinderat angeordnet sei. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Zeugnismittel des Stadtwirtschaftsamtcollegiums, die angeblich arbeitsfeindlich sind für die Mobilität der Arbeiter in, zu der Gewaltmaßregel stellt.

Dresden. Die Unterstützungsstelle für in Not geratene „würdige“ häusliche Arbeiter verfiel über einen Fonds von 18.000 Mark, dessen Zinsen auf Ansuchen allen häuslichen Arbeitern, gleichviel ob sie häuslich sind oder nicht, dienen sollen, so weil sie in Not geraten und der Unterstützung würdig sind. Besonders gedruckte oder handgeschriebene Bestimmungen beziehen nicht, die Entscheidung behält sich von Fall zu Fall der Rat vor. Als rechtsmindernde Unterbringung wird eine Obdachung aus dem Fonds nicht behandelt.

Dem Verdienste keine Puffennadel. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden: Vorher war die Verteilung von Eiden und verwandten Abscheiben ein Anrecht. Es muß daher als bemerkenswerte Bemerkung, ja als Fortschritt auf einem soeben so abgelehnten Gebiet hervorzuheben werden, daß der Magistrat unserer kleinen und in Forderungenfragen nicht ganz uninteressanten Stadt um die Erstattung einer Art Arbeiterverdienstordens bemüht gewesen ist. Dem Oberbürgermeister, das bisher häuslichen Arbeitern nach 17-jähriger Dienzeit überreicht wurde, sollte nämlich jeweils noch durch eine Puffennadel am Zerkelbretten von 2,50 Mk. mehr Gehalt verliehen werden. Der Magistrat plante also auf dem gewöhnlich-ordnungs-mäßigen Wege 20 Puffennadeln, und eine große Anzahl anderer Männer erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Verdienste über Auszeichnungen in besonderen und allgemeinen Vorzügen zu zeigen.

Zunächst ein Anbeterverreiter: Er deutet nur ganz nebenbei auf das veraltete Raden hin, das bei Aufhängung der Posten durch die Meisten ganz und meist v. a. durch die meisten Arbeiter, unter Beziehung und ohne einen Sparanwendung nach langerer Dienstzeit lange nicht mehr wirken als ein Puffennadeln.

Ein bürgerlich-Verreiter pfändet dem Verdienste im allgemeinen bei und findet, was auch vom bürgerlichen Stande nicht anders ist, offen wird, daß es nicht Zweck einer „würdigen“ Puffennadel, unter Beziehung und ohne einen Sparanwendung nach langerer Dienstzeit lange nicht mehr wirken als ein Puffennadeln.

Ein National-liberaler hat zwar keine prinzipiellen Bedenken gegen ansehnliche Abscheiben im allgemeinen. Doch gerade eine Puffennadel stellt ihm für Arbeiter nicht gerade, weil der Arbeiter an Abscheiben doch kein weisses Hemd mit Strawatte, also auch keine Puffennadel tragen könne, während an Lohn und Pensionen sehr

viele Leute, nicht nur Arbeiter, mit zehnjähriger Dienstzeit weisse Hemden, Strawatte und Puffennadeln anlegen können, so daß die Puffennadel eben, als auffallendes Ehrenzeichen zu dienen, auf jeden Fall verzeihen müßte.

Das jüngste Magistratsmitglied tritt pflichtgemäß für die Puffennadel ein und weiß die Ehre der geistigen Nachbarschaft einem Herrn Professor zu, der wie der sozialdemokratische Stadtwirtschaftsamtcollegiums auch schon nachgewiesen hat, wie der Arbeiter für 20 Pf. Lohn zu Mittag essen könne.

Es folgen andere Redner, die den ethischen Wert einer solchen Puffennadel gehörig herabschätzen. Der Herr Oberbürgermeister kommt der gefährdeten Position mit der Rede des Puffennadler zu Hilfe, indem er treffend bemerkt: „Es sei eine mögliche Sache, über den Geldmehrwert einer derartigen Spende auf öffentlichem Markte zu verhandeln“, und „er habe bisher gefunden, daß die wenigsten Menschen innerlich genug unempfindlich gegen eine kleine Auszeichnung sind“.

Nachdem der Meinungs-austausch noch eine Weile fortgedauert und der Herr Beigeordnete als letzten Trumpf ausgespielt hatte, daß eben eine ganze Anzahl häuslicher Arbeiter bei ihm nach der Puffennadel verlangt haben, wird die Forderung schließlich mit der schwachen Mehrheit von 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Arbeiter werden sich also nach wie vor mit dem Verzicht der erfüllten Pflicht begnügen müssen, und damit ist auch der Anlaß fortgefallen, die Erstattung eines häuslichen Verdienstes für Puffennadeln in Erwägung zu ziehen.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Secretariat: Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Telephon: Amt IX, 6188.

Geschäftsführer: Bruno Vorch.

Verbandskassierer: G. Ahmann.

Redakteur der „Gewerkschaft“: S. Bürger.

Verbands-Ausschuß.

S. Schulz, Hamburg, Düster 11.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 1. Quartal 1904 gingen an Beiträge ein: Berlin 250,07 Mk. 3. und 4. Rate, Brandenburg 25. Mk., Eisenfeld 120,28 Mk., Erfurt 30,74 Mk., Erlangen 40,56 Mk., Frankfurt a. M. 122,86 Mk. 3. Rate, Göttingen 48,50 Mk., Hamburg 754,50 Mk. 2. Rate, Stuttgart 218,90 Mk. 2. Rate.

Für die Protokolle des Verbandstages sandten ein: Stuttgart 90. Mk., Hamburg 66,45 Mk. Außerdem sandte Hamburg den Betrag von 12,40 Mk. für die Sammelliste Nr. 298 der holländischen Gemeindeglieder ein.

Ferner gingen im April ein: Von Einzelmitgliedern Nr. 14 942 0,40 Mk., Nr. 27 477 2,60 Mk., Bremen Extramarke 1, - Mk., Zettin Extramarke 1, - Mk., Zettin für Handzettel 5,50 Mk., Berl. Elektr.-Werke Zinsen 1,50 Mk. An Rückzahlung von 2. in B. 10. Mk. und von A. in G. 6. - Mk.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Abrechnung der Sammlungen für die anlässlich der Beteiligung an den Landtagswahlen entfallenen Gasarbeiter.

Einnahmen: Zeller-Sammlung 29,15 Mk., Sektion I 331,80 Mk., Sektion Ia 462,40 Mk., Sektion Ib 274,65 Mk., Sektion II 26,65 Mk., Sektion III 30. Mk., Sektion IV 87,60 Mk., Sektion VI 15. Mk., Sektion VII 28,65 Mk., Sektion VIII 5,70 Mk., Sektion IX 134,20 Mk., Sektion X Mk., Sektion XI 24,10 Mk., Sektion XII 16,80 Mk., Sektion XIV Mk., Sektion XV 5,85 Mk., Sektion XVI 20,95 Mk., Sektion XVII 22,60 Mk., Sektion XVIII Mk., Sektion Friedr.-Hagen 8,85 Mk., Sektion Vahrenberg 6,70 Mk., Sektion Mindorf 38,50 Mk., Sektion Zschornagendorf 170. Mk., Sektion Ziegel 20,05 Mk., in Summa 1760,20 Mk.

Ausgaben: Für Unterstützungen 1570,20 Mk., für Montrose 27. Mk., für persönliche Ausgaben 19,15 Mk., für tabuläre Ausgaben 24,20 Mk., in Summa 1634,55 Mk.

Bilanz: Einnahmen 1760,20 Mk., Ausgaben 1634,55 Mk., Bestand 125,65 Mk.

Berlin den 20. April 1904. Die Ortsverwaltung.

S. Schubert.

Revidiert und für richtig befunden:

Franz Müller, P. Poffertart, W. Freybler.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 0,80 Mk. (ohne Postgebühr), unter Streifenband 1 Mk. — Anzeigen kosten die dreizehnpaltige Pettzeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Familien und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

Totenliste des Verbandes.

August Heilmann, Berlin
(Sektion II.)

11. April 1904 im Alter von 61 Jahren.

Wilhelm Bartel, Berlin
(Sektion Ib)

18. April 1904 im Alter von 40 Jahren

Chr. Kroll, Kiel

24. April 1904 im Alter von 47 Jahren.

Ernst Friedmeier, Dresden

28. April 1904 im Alter von 15 Jahren.

Heinrich Pfeiffer, Stuttgart
Weizer.

29. April 1904 im Alter von 67 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Dankfagung.

Für die allseitige liebevolle Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung unseres innig geliebten Kindes sprechen wir hiermit allen werten Kollegen unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Berlin, im Mai 1904.

Albert Haberland nebst Frau.

Hamburg

Donnerstag den 19. Mai 1904
abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der „Veilinghalle“.

Tages-Ordnung:

1. Unterfertigungsanträge.
2. Bekanntgabe der Statuten der für den Bau und Betrieb des Gewerkschafts-Hauses gegründeten „Gesellschaft in b. V.“ und Wahl eines Mitgliedes zum Eintritt in die Gesellschaft.
3. Ausschluss einiger Mitglieder § 12 Abs. 2 c der Statuten.

Der Filialvorstand.

Neue Rechtschreibung 1902.

Ausführliches grammatisch-orthographisches

Nachschlagbuch der deutschen Sprache

mit Einschluss d. gebräuchlichen Fremdwörter u. Angabe der schwierigen Silbentrennungen u. der Interpunktionsregeln. Zum täglichen Gebrauch für jedermann.

(11. 32. (11. 32. Tausend.) **Dr. August Vogel.** Tausend.)
Mit einem Verzeichnis geschichtlicher und geographischer Eigennamen.
524 Seiten (kl. Lexikon-Format).
Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlichen Prospekt bitte zu verlangen.
In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhdlg.
(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Achtung!

Berliner Wasserwerks-Arbeiter

der Sektion III des Verbandes der städtischen Arbeiter.

Den Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß die nächste Versammlung am Sonntag den 15. Mai d. Js., stattfindet. Ihr recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend erbeten.

Der Vorstand.

Bilanz der Filiale Groß-Berlin vom 1. Januar bis 31. März 1904.

Einnahme:			Ausgabe:		
	Mk.	pf.		Mk.	pf.
An Bestand vom 4. Quartal 1903	1924	50	Für Kapitulation	135	20
„ Eintrittsgelder für männliche Mitglieder	190	50	„ Gehälter	1173	48
„ Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder	1	25	„ Zewingsgeld	144	25
„ Wochenbeiträge für männliche Mitglieder	7447	61	„ Versicherung	71	98
„ Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder	127	05	„ Druckfachen	200	—
„ Wochenbeiträge für pensionierte Mitglieder	6	10	„ Bureau-Materialien	111	90
„ Delegiertenlohn	244	90	„ Stempel	113	25
„ Ertragsbeiträge	371	60	„ Porto	60	—
„ Sonstige Einnahmen	415	90	„ Miets-Reinigung	73	20
			„ Inventar	692	96
			„ Diverses	168	55
			„ Literatur	37	15
			„ Hilfsarbeiten	82	—
			„ Ausgaben in den Sektionen	680	29
			An den Hauptkassierer abgeliefert	5590	07
			An Bestand am Ende des 1. Quartals 1904	1566	12
	Mk.	pf.		Mk.	pf.
	19738	70		19738	70

Revidiert und für richtig befunden:

W. Arenbier, Franz Müller, Paul Voffersart.

Berlin den 29. April 1904.

Der Filial-Vorstand.

Emil Fittmer.

Mitglieder-Bewegung.

Am Ende des vorigen Quartals waren 3893 männliche und 117 weibliche Mitglieder im Laufe des Quartals und eingetreten 106 „ 6

Gesamtsumme 4209 männliche und 123 weibliche Mitglieder

Es wurden ausgeschlossen resp. ausgeschieden aus 452 „ 33

Bleibt ein Mitgliederbestand von 3757 männliche und 90 weibliche Mitglieder

Zusammen 3847 Mitglieder.

Nieder-Schöneweide

Restaurant „Kleiner Kyffhäuser“

Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal bei Partien.

Familien können Maffee lochen. • Gute m. s. d. • Gute m. s. d.

Billige Preise • Motorboot-Fahrt und Heberleysteille. • Vereinszimmer.

Ihr geneigten Zuspruch bittet

Julius Köhler.

Veripätet!

Unserem Kollegen

Rudolf Cismar

zur Hochzeit die herzlichste Gratulation.

18. Bezirk Inspektion Berlin IX.

Flechten-Kranke

schaffen immer mit revidiert erlassene Vorschriften der Behandlungsart über sichere Befreiung von der Abscheulichen Arbeit, Zehnpfen. auch Kurkosten und sonstigen Krankenkassen-Ansprüchen.

W. Sommer, Leipzig-R., Cistritz 30.

Das Blumengeschäft

Theodor Vagé, Memelerstr. 68. empfiehlt sich den geehrten Kollegen zur Anfertigung von **Vereinskränzen**, sowie sämtlichen Bänderlein

Brot

Hamburg St. Pauli

Hierdurch gebe ich bekannt, daß ich eine Aktiade der Bremerischen Bäckerei (Zukunftsbrot) übernommen habe. Zudem ich prompte und saubere Bedienung wünsche, bitte ich um freundlichen Zuspruch

H. Schultze, Marktstrasse 23 B.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“, C. G. m. b. H.

Anmeldungen, Mitgliederanfragen, Auskunft in der Geschäftsstelle
Berlin W. 57, Philowstr. 21.